

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementspreis mit Illustr. Beilage „Voll u. Zeit“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspf. Einzelverkaufspr.: 10 Reichspf.

Redaktion: Johannisstraße 46

Vertrieb: 905 nur Redaktion
926 nur Geschäftsstelle



Lübecker

Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Anzeigenpreis für die achtgespaltene Zeile über deren Raum 20 Reichspfennige, auswärtige 25 Reichspfennige. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Reichspfennige. Nekrolog 80 Reichspf.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46

Vertrieb: 926 nur Geschäftsstelle
905 nur Redaktion

Nummer 69

Montag, 23. März 1925

32. Jahrgang

Versadungspolitiker Jarres.

Worte gegen Beweise!

Hamburg, 22. März. (Eig. Drahtber.)

Am Sonntag mittag fand in zwei Sälen in Hamburg die Wahlkundgebung des Reichsbundes mit Jarres statt. Jarres wurde durch ein Stahlhelmplatt zu einer schwarzweiß-rot geschmückten Tribüne geführt, mit Militärmusik und rasenden Heil- und Hordrufen begrüßt. In seiner Rede bekannte er sich zwar offen zu seiner Versadungspolitik, versuchte aber Verschleierungen, indem er den Sipeh umdrehte und den gegen ihn gerichteten Vorwurf gegen die Demokraten und das Zentrum erhob. Jarres führte aus:

Ich habe im Westen im Kampfe um die Freiheit des Reiches gestanden. Der ehrliche Kampf, den ich mit vielen Gesinnungsgenossen durchgeführt, hat mir auf der einen Seite viele Anerkennung eingetragen, von der anderen Seite aber viele häßliche Angriffe. Der Ruhrkampf ging äußerlich verloren, innerlich aber brachte er uns reichen Gewinn, denn er war der Ausgangspunkt der langsamen Gesundung unseres Vaterlandes. (1) Als der passive Widerstand aufgegeben werden mußte, haben die verantwortlichen Männer sich zusammengesetzt, um diejenige Lösung zu finden, die für das Vaterland die beste sei, und haben damals mit Nachdruck den Gedanken in den Vordergrund gehoben, daß jeder die ihm richtig erscheinende Lösung aussprechen und vertreten soll. Beim Suchen dieses Weges sind Gradunterschiede zutage getreten. Die linksstehenden Kreise meinten, man solle dem Verlangen Poincarés auf Einstellung des passiven Widerstandes entsprechen und dann versuchen, auf dem Wege der Verständigung eine Lösung zu finden. Ich habe diese Erwartung als Utopie angesehen. Für mich und meine Freunde war klar, daß Nachgiebigkeit nicht zum Ziele führt, sondern neue und unerlöliche Quaden für die Bevölkerung bringen würde. Das Ziel der französischen Politik ging offenbar dahin, die Bevölkerung des besetzten Gebietes auf dem Wege der Freiwilligkeit zu der Staatsumformung der Rheinlande zu bringen, die Frankreich auf dem Wege der Gewalt zu erzwingen sich nicht getraute. So bestand die Gefahr, daß auf der einen Seite das Reich nicht mehr die notwendigen Geldmittel bereitstellen konnte, auf der anderen aber die Verzweiflung in den Rheinlanden die Bevölkerung dahin treibe, sich mit einer staatsrechtlichen Veränderung abzugeben. Diese konnte nur durch eine starke politische Tat verhindert werden. Aus innerer nationaler Kraft vermochten wir uns der Gefahr nicht zu erwehren, deshalb mußten wir es versuchen, auf internationalem Wege zu erreichen. Eine Grundlage dafür gab die Note Lord Curzons, in der die Ruhrbesetzung als unrechtmäßig bezeichnet worden war. Unter Berufung hierauf hatten wir den Besatzungsmächten bekanntzugeben, daß wir uns diesen Mächten gegenüber vom Friedensvertrag solange als entbunden erklären, als nicht vertragsmäßige und völkerrechtliche Zustände hergestellt werden. Ich war mir vollkommen klar, daß dieser Schritt unter Umständen schwere Opfer und weitere große Not bringen müßte, aber das, was getan worden wäre, wäre nicht schlimmer gewesen als das, was durch Verhandlungen gekommen wäre. Diese meine Haltung hatte mit Preisgabe des Rheinlandes nichts zu tun, sondern zum Ziel, die Bestrebung schwach gewordener Kreise im Rheinland auf Veränderung in staatsrechtlicher Beziehung zu hemmen. Wie ist es denn gekommen? Im Herbst 1923 sahen die Verständigungspolitiker keinen Weg mehr, das Rheinland bei Deutschland und Preußen zu halten. Angesichts dieser Sachlage fragte ich: Wer hat Versadungspolitik getrieben? Diejenigen, die nur am Ende die Möglichkeit eines autonomen Staates sahen und damit die nationale Zukunft des Rheinlandes preisgaben oder diejenigen, die wie ich mit starker politischer Tat, wenn auch mit vorübergehenden schweren Opfern das Rheinland dem Reiche sichern wollten? Die Nerventrisis jener Zeit ist jetzt glücklicherweise überwunden, aber das ist nicht das Verdienst jener Parteien, sondern das der Reichsregierung. Zum Schluß erklärte Jarres, es sei die vornehmste Pflicht des Staates, durch gerechte Entscheidungen die Auslandsdeutschen in die Lage zu versetzen, ihre verlorenen Posten wieder aufzunehmen. Im deutschen Volke herrsche auch der Wille und das Verlangen, in kolonialistischer Tätigkeit seinen Willen und seine Fähigkeiten zu bezeugen. Jarres wies auf den Geist des alten Hansentums in der Hoffnung hin, daß das deutsche Volk immer von einem unabwiesbaren Störteufelglauben erfüllt sein müsse.

Es ist gar nicht nötig, gegen diese gewundenen Ausführungen zu polemisieren. Man vergleiche damit den folgenden Brief, der die Unterschrift des Herrn Jarres, allerdings vom September 1923 trägt, und der vom „Vorwärts“ kürzlich veröffentlicht wurde, ohne daß die Echtheit von der Jarrespresse bestritten werden konnte.

Ich fürchte, das es bei den weiteren Verhandlungen ähnlich wie bei den Friedensverhandlungen zu einem schwächlichen Nachgeben, ja vielleicht zur Annahme von Diktatbedingungen unter Protest kommen wird. Die Situation bliebe dann völlig ungeklärt und Deutschland vertraglich gefesselt der Laune des neuen Siegers überantwortet. Ein solcher Abschluß würde das Schlimmste sein, was Deutschland treffen könnte. Seine Einheit als Staat würde auch außer-

lich zerfallen. Diese nationale Befreiungsprobe würde das Reichsgefüge nicht aushalten. Ich fürchte mit Grund, daß Bayern und andere Landesteile nicht mitmachen und sich vom Reiche lossagen würden.

Aber auch das besetzte Gebiet würde in solcher Kapitulation in geschichtlicher Empfindlichkeit ein Jammerstück finden und in die Arme des Feindes gerieben werden. Die Lösung würde eine schwächliche sein und im besten Falle unter faulen Bedingungen, deren Konsequenzen sich erst allmählich, aber dann um so drückender geltend machen würden, eine Ueberkleisterung des französisch-deutschen Gegenlages bedeuten, die weit mehr das besetzte Gebiet vom unbesetzten Deutschland trennen würde als eine klare, zunächst brutal erscheinende Abschneidung.

Deshalb will mir die letztere Lösung nach wie vor als die einzig richtige erscheinen. Kurz gesagt, denke ich mir diese wie folgt: Stresemann mag seine Verständigungspolitik mit Nachdruck fortsetzen. Dabei muß er sich im Klaren sein, daß die Entscheidung bald fallen muß. Wir wollen mit ihm hoffen, daß diese Politik zu dem von ihm klar umrissenen Ziel einer die Ehre unseres Volkes und die deutsche Staatshoheit im Rheinlande sichernden Verständigung führen wird. Nach der gestrigen Rede Poincarés ist in dieser Beziehung allerdings nicht viel zu hoffen. Steht der Reichstanzler nach kurzer Zeit, daß der Feind, nicht will, oder geht gar der Franzose trotz dieser Verständigungsgeneigtheit zu weiteren krassen Gewaltmaßnahmen über (z. B. Ausföhrung der Ordnung über die Besetzung höherer Verwaltungsstellen, weitere Besetzung deutschen Gebietes, Einführung rheinischer Währung usw.), so muß die Reichsregierung sich zu einem endgültig klärenden Schritte entschließen. Sie muß, gestützt auf ihre wiederholte Erklärung, zu Verständigungen bereit zu sein, und unter Hinweis auf ihre noch immer unbeantwortete Memorandumnote vom Juni d. J. sowie auf die zwischenzeitlich auch amtlich durch England feierlich erklärte Verletzung des Friedensvertrages durch den französisch-belgischen Einbruch den Feind meiner Meinung nach in ultimativer Form auffordern, aus dem Einbruchgebiet und Sanktionsgebiet abzuziehen

und im Rheinlande die durch den Friedensvertrag gewährleisteten verfassungsmäßigen Zustände wiederherzustellen, d. h. seinerseits den Friedensvertrag zu erfüllen; anderenfalls werde Deutschland zu seinem Bedauern genötigt sein, den Friedensvertrag Frankreich und Belgien gegenüber für aufgelöst zu erklären.

Der dann eingetretene Kriegszustand

wird vermutlich (1) nur formeller Natur sein und bei unserer Wehrlosigkeit akute Formen nicht annehmen. Letztere können voraussichtlich nur (1) in

weitere Besetzung deutschen Gebietes

bestehen, die wir auch in Kauf nehmen müßten und die zweifellos den europäischen Konflikt beschleunigen würden, ohne dessen Hilfe meines Erachtens endgültig eine Befreiung des Rheinlandes nicht denkbar ist.

Eine solche Lösung würde ja das okkupierte Gebiet zunächst von uns trennen.

Diese Trennung würde jedoch die unbedingt notwendige Klarheit bishartig schaffen; sie würde vom besetzten wie vom unbesetzten Gebiet als ausgezwungener Gewaltakt aufgenommen und ertragen werden; die Einheit des Reiches im unbesetzten Gebiet würde ermöglicht, ja meines Erachtens unter dem Druck des Auslandes gefestigt werden, und das Band zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet würde nur äußerlich zerrissen, innerlich aber gefestigt sein. Und der weiteren Zukunft, die für Deutschland entwickeln muß, könnten wir mit weit größerem Vertrauen entgegensehen. Ein Abschritt des großen Kampfes würde nicht mit Erfolg, aber mit Ehren beendet sein, und die Kräfte für den weiter notwendigen Kampf blieben gesammelt und geeint. Werfen Sie mir bitte nicht vor,

diese Lösung dränge auf den Revancheweg

und sei Utopie. Nein, sie ist die einzig folgerichtige und frei von Selbsttäuschung und Nebel.

Herr Jarres ist also nicht nur ein Mann, dem es in der entscheidenden Stunde an klarem Blick und ruhiger Ueberlegung gefehlt hat, der Deutschland in ein verhängnisvolles Abenteuer führen wollte. Er hat auch nicht den Mut zu seinen Taten zu stehen. Wie kann er ohne Gründe heute erklären, er habe nie daran gedacht, das Rheinland auch nur eine Stunde lang preiszugeben!

Wahr ist an seinem Geschwafel nur das eine Wort, daß der Ruhrknoten äußerer Verlust, aber „innerer Gewinn“ gebracht habe. Jawohl! Sogar innere Gewinne, und wir wissen auch, wo sie eingestekt hat!

Und so ein Mann soll Reichspräsident werden! Gegen ihn müssen alle aufstehen, die sich nicht mit Ruhrgewinnern solidarisch fühlen! Alle, die etwas aus dem Glend der jüngsten Zeit gelernt haben, allen, denen die Einheit der Deutschen Republik heilig ist, müssen den Mann an die Spitze des Reiches stellen, der in gefährvollster Stunde das Rheinland mit eiserner Energie beim Reich und bei Preußen gehalten hat:

Otto Braun

Sozialdemokratische Obstruktion im Reichstag.

Drei Sitzungen an einem Tag.

SPD. Berlin, 21. März. (Eigener Drahtber.)

Nicht weniger als drei Sitzungen hielt der Reichstag am Sonnabend ab. Sie boten mancherlei Bemerkenswertes und eifliche Gelegenheit zu parlamentarisch-taktischen Winkelsügen. Die Abgeordneten, die reisefertig waren, um zu Präsidentenwahlreden ins Land zu fahren, wurden auf eine harte Geduldsprobe gestellt. Nach der Verabschiedung einiger kleinerer Gesetze wurde einer Kreditvorlage zugunsten des gewerblichen Mittelstandes zugestimmt. Dann kamen Abstimmungen über die kommunalistischen und sozialdemokratischen

Anträge zur Sicherung der Wahlfreiheit.

Abgelehnt wurde der kommunistische, angenommen der sozialdemokratische Antrag. Bezeichnend ist, daß von den Kommunisten, die im Parlament und im Lande ein großes Geschrei über die Beeinträchtigung der Wahlfreiheit erhoben, bei diesen wichtigen Beratungsgegenständen ganze vier Abgeordnete anwesend waren und sich an der Abstimmung beteiligten. Unfern, an den Ausschuhparagrafen sich anschließenden Standpunkt begründete Genosse Krähig dann gab es

eine grundsätzliche Schuldebatte.

Seit längerer Zeit schon beschäftigt sich der Bildungsausschuß des Reichstages mit dem Vorstoß der Rechtspartei und des Zentrums gegen die Grundschule. Diese Parteien benutzten die Gelegenheit, um die Demokratisierung des Schulwesens aufzuhalten und die geringen Anlässe zu einer demokratischen Ausgestaltung wieder abzuhängen. Jetzt liegt ein Ausschuhparagraf vor, der besonders begabten Schülern ermöglichen will, schon nach 3 Jahren die Grundschule zu verlassen, während der normale Lehrgang 4 Jahre beträgt. Diese Ausnahme würde praktisch nur den Kindern reicher Eltern zugute kommen, sie hätten die Möglichkeit, durch Privatunterricht und auf Grund der geistigen Entwicklung günstigeren familiären Verhältnisse ihre Kinder schon nach 3 Jahren in höhere Schulen zu bringen und so die ihnen verhaftete Zeit abzukürzen. Die ihre Kinder mit der Jugend der Arbeiterklasse zusammen aus der Schulbank sitzen müßten. Für unsere Fraktion machten diese Auffassung Genosse Schreck und Genosse Pflüß wirkungsvoll geltend. Genosse Schred verwies noch darauf, daß man

im Reichsministerium des Innern dem sozialdemokratischen Staatssekretär Heinrich Schulz die Schulaufsicht entzogen habe.

Ein klarer Beweis dafür, daß die Rechtsregierung auch einen kulturellen Abbau beschließt. Um dem Anschlag der Rechtspartei auf die Grundschule zu verhindern, oder doch möglichst herauszuheben, machte unsere Fraktion durch Verlassen des Saales die Sitzung beischlußunfähig. Da dem Präsidium zweifelhaft war, ob Beschlufunfähigkeit vorlag, mußte namentlich abgelehnt werden. Nun glaubten die Rechtspartei, die sich niemals vorstellen können, daß jemand aus Ueberzeugung ein Opfer bringt, daß unsere Fraktion in den Saal zurückkehren würde um die Tagesbilanzen zu retten. Selbstverständlich täuschten sie sich.

Nachdem so wegen Beschlufunfähigkeit die erste Sitzung aufgeklagen war, setzte Löbe wenige Minuten später eine neue Sitzung mit anderer Tagesordnung an. Es stand u. a.

das Handelsabkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Grateimala

zur Beratung. Nun folgte die Rede. Ein Teil der Abgeordneten der Rechten war inzwischen abgereist. Darum gab es erneut Anweisung der Beschlufunfähigkeit, neue namentliche Auszählung und damit Mitternacht für die Abgeordneten der Rechten, die inzwischen hatten abreisen müssen. Infolge der Beschlufunfähigkeit wurde eine neue, die dritte Sitzung anberaumt. Diesmal wurde über die Veränderung eines Gesetzes über die

Erfassung von Rechtsanwaltsgebühren in Armenhäusern

beraten. Erneut bezweifelte unsere Fraktion die Beschlufunfähigkeit. Wieder gab es eine namentliche Abstimmung. Inzwischen war eine weitere Teil der Rechten abgereist und auch sie verloren die Mäßen. Eine sozialdemokratische Obstruktionstaktik, die auf der Rechten eifliche Enttäuschung und lange Gewässer brachte. Nachdem so die dritte Sitzung ebenfalls beschlufunfähig geworden war, wurde die Tagung abgebrochen. Nächste Sitzung am 31. März.

Der Staatsanwalt bei den Deutschnationalen.

Deutschnationale wegen Betrugs und Meineids angeklagt.

Berlin, 20. März.

Zu der Angelegenheit des Konzerns Deutsche Land- und Genossenschaftliche berichtet die Berliner Zeitung, daß die Generalstaatsanwaltschaft gegen die Rittergutsbesitzer von Rakmer, v. Heintz und Direktor Bolmer die Voruntersuchung wegen Betrugs, Unterschlagung bzw. Untreue und Kontroversgehens eröffnet hat. Gegen v. Rakmer, v. Heintz und Freiherrn v. Uebeberg ist weiter die Untersuchung wegen Abgabe einer falschen eidesstattlichen Erklärung eingeleitet worden.

v. Carlowitz verhaftet.

Berlin, 23. März.

Der Untersuchungsrichter, der von Carlowitz wegen der Unterschuldigung vorgeladen hatte, von den beim Bureauhaus Börje eingegangenen Geldern 150 000 Mark veruntreut zu haben, hat von Carlowitz wegen Fuchtwerdachts gestern in Haft genommen. Gegen die übrigen Beschuldigten ist ein Haftbefehl noch nicht beantragt worden, da sie einen festen Wohnsitz haben. Die Untersuchung ist aber auf sämtliche bisher in der Sache genannte Personen ausgedehnt und sie soll sich dem Vernehmen nach auf weitere Beteiligte erstrecken.

Der Magdeburger Verleumderprozeß.

Das Urteil eines unparteiischen Gelehrten.

Magdeburg, 21. März.

Im Mittelpunkt der heutigen Verhandlungen steht zunächst wieder die Rede Eberts auf der Treptower Wiese.

Ein von der Verteidigung herangezogener Zeuge hat ausgesetzt, von der Arbeiterhilfe in Berlin nach Kiel die Nachricht erhalten zu haben, daß die beiden sozialistischen Parteien sich in den Fraktionskämpfen für den Streik geeinigt hätten. Auf Antrag der Verteidigung erscheint der Zeuge Marohn aus Bergen auf Rügen zur Bestätigung der Aussage des Bureauleiters Martens, aber er verweigert. Der Zeuge Steefke von den Christlichen Gewerkschaften weiß von der Versammlung in Treptow nur, daß davon gesprochen worden sei, die Arbeitskräfte in anderen Städten stünden hinter den Streikenden. Ob das Dittmann oder Ebert gewünscht habe, weiß der Zeuge allerdings nicht mehr. Dann verliest der Vorsitzende das von der Vernehmung von

Professor Alfred Weber (Heidelberg)

aufgenommene Protokoll. Darin heißt es im wesentlichen: Aus Zeitungsberichten habe ich ersehen, daß der Rothard-Prozess einen Verlauf nimmt, der nach meinen Erfahrungen den historischen Tatsachen widerspricht, daher habe ich mich aus patriotischen Gründen als Zeuge zur Verfügung gestellt. Ich habe niemals der Sozialdemokratischen Partei angehört. Seinezeit war ich Mitbegründer der Sozialistischen Partei, und zwar aus eigener Initiative. Während der zweiten Hälfte des Krieges war ich im Reichshofamt tätig und nahm in dieser Eigenschaft an den Hauptausführungen teil. Von dorther kenne ich Ebert. Als der Streik in Gang gekommen ist, wandte ich mich an Ebert und Scheidemann in der Absicht, zu vermitteln, damit der Streik bald beendet werde. In demselben Abend begab ich mich zu Scheidemann und Ebert. Scheidemann war etwas erregt, Ebert dagegen sehr ruhig.

Was, was Ebert sagte, stelle darauf, den Streik möglichst schnell zu beendigen.

Nach der ganzen Sachlage und der Persönlichkeit Eberts, wie ich sie kenne, ist es ausgeschlossen, daß Ebert irgendwelche parteipolitischen Vorurteile bei seinem Entschluß, in die Streikleitung einzutreten, im Auge gehabt hat. Er äußerte u. a., es läge darauf an, den Arbeitern die wirtschaftlichen Fragen etwas entgegenzukommen. Dies sei der beste Weg zum Ende des Ausstandes. Ich gab diese Ansicht mit Eberts Wissen an Staatssekretär v. Köberlin weiter. Die Verhandlungen schieterten dann, weil die Regierung sich ihnen verweigerte. Die Ablehnung des Empfanges der Arbeiterdeputation habe ich damals für unzumutbar gehalten. Und diese Ansicht habe ich auch heute noch. Was die Rede Eberts im Haushaltsauschuß des Reichstages am 23. Januar 1918 betrifft, so kann ich nur sagen, daß ich an allen Sitzungen des Haushaltsauschusses teilgenommen habe. Als Ebert in der bewussten Rede irgendwelche Drohungen ausgesprochen haben, so wäre mir das bestimmt nicht entgangen, und ich hätte die Beziehungen zu ihm abgebrochen. Im übrigen wurde durch diese Rede seine Stellung in politischen Kreisen nicht im geringsten beeinträchtigt, was bestimmt der Fall gewesen wäre, wenn die Rede die Tendenz gehabt hätte, wie behauptet wird.

Nachdem noch einige Reichstagsreden Scheidemanns und Eberts verlesen worden sind, ist die Samstagverhandlung beendet. Die Verhandlungen werden am Montag vormittag weitergeführt werden.

Sindenburg gegen Ludendorff.

Hannover, den 22. März.

Western ist hier ein Aufruf des Nationalen Wahlvereins Jarez' erschienen, der neben dem Namen des Landeshauptmannes v. d. Weiser vor allen anderen den Namen des Generalfeldmarschalls v. Sindenburg trägt. In dem Aufruf wird mit besonderer Brechturigkeit darauf hingewiesen, daß Sindenburg nur für Jarez eintrete. Die besondere Betonung ist um so notwendig, als in den jüngeren Gruppen Mitteldeutschlands sowohl des „Stahlhelm“ wie des „Hunabes“ die Parole Dittler's, also die Kandidatur Ludendorffs besonders Anklang findet. Eine abschließende, nur mit Ausweiskarten zugängliche Versammlung der „Deutschholländischen Kampfbundpartei“, in welcher für die Präsidentschaft Jarez' Stimmung gemacht werden sollte, ging getrennt unter furchtbarem Tumult ergebnislos auseinander. Angeleitet dieser Stimmung für die „wichtigste nationale, jedem faulen Kompromiß widerstehende“ Kandidatur Ludendorffs haben die Jarez-Anhänger besonderes Gewicht darauf gelegt, Sindenburg zu einer klaren, unweidartigen Abgabe an seinen alten Kameraden und Mitarbeiter zu bewegen. In der gestrigen Versammlung der Deutschholländischen wurde die Erklärung Sindenburgs unter einiger Stille der Zuhörer verlesen. Zuletzt ertonte ein scharfer Pfiff gegen den großen Marschall.

Der Stahlhelm am Pranger.

Der Fortgang des Schmeidinger Reichsbannerprozesses.

SPD. Breslau, 19. März. (Eig. Draht.)

Die letzten Verhandlungstage im Schmeidinger Prozeß gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold brachten eine völlige Umkehr der Schuldfrage zugunsten des Reichsbanners und zu Ungunsten der Stahlhelmlisten. Die parteiischen Vorurteile der Staatsanwaltschaft gegen die republikanischen Angeklagten und den sozialdemokratischen Landrat sind so unheilbar geworden, daß der Oberstaatsanwalt zur Fügung eingreifen mußte. Im Rückschlag gegen den sozialdemokratischen Landrat Genossen Dambenhäler wurde festgestellt, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe bereits in einem Verfahren der Staatsanwaltschaft wegen Landfriedensbruchs vorgebracht wurden. Dieses Verfahren wurde aber wegen völligen Mangels an Beweisen wieder eingestellt. Die relativ schwerste Anschuldigung gegen die angeklagten Reichsbannerleute, sie hätten aus einem Haufe auf Stahlhelmlisten geholfen, wird durch das Ergebnis einer sofort vorgenommenen Untersuchung der keineswegs republikanisch gesinnten Striegauer Polizei als un wahr erwiesen. Für den Hauptangeklagten Reichsbannermann Gebhart erklärt auch der Staatsanwalt jetzt den Nachweis einer schlichtenden Tätigkeit während des Zusammenstoßes für gesichert. Dagegen ergeben zahlreiche eidliche Zeugenaussagen schwere Kohheiten der Stahlhelmlisten, die bisher noch zu keinem Strafverfahren führten. So wird von einem Stahlhelmlistmitglied durch Zeugenaussagen unter Eid festgestellt, daß er unter der Einwirkung der Gestapo rief: „Wenn die rote Bande nur bald läme, ich drehe mich schon darauf!“ Andere Stahlhelmlisten, die einen im Schaukasten liegenden blutenden jungen Reichsbannermann schlugen und von entsetzten Zuschauern daran gehindert werden sollten, bedrohten auch diese und erklärten: „Der Keil soll bereden!“ Noch während des Transports ins Krankenhaus wurde ein anderer Reichsbannermann von Stahlhelmlisten schwer mißhandelt und mit dem Ausreißen der Zunge bedroht. Dieses Opfer der Stahlhelmschergenossen hat auf Grund der Aussagen seiner Zeugen bereits einen Strafbefehl wegen unerlaubten Waffentragens erhalten, obwohl er unter Eid stellt, niemals eine Waffe besitzen zu haben. Sogar ein siebenjähriger Junge wurde von den Stahlhelmlisten mit Gummiknüppeln über den

Der Schrei der Betrogenen.

Die deutschnationale Wahlaktion hat die Gläubiger und Sparrer in den Traum eingewiegt, daß sie keine zuverlässigeren Beschützer hätten, als eben die deutschnationale Partei. Wachsendem Erlaunen haben nun in den letzten zwei Monaten die Gläubiger und Sparrer des ganzen Deutschen Reiches wahrnehmen müssen, was es mit dieser Inverläßlichkeit auf sich hat. Nachdem die deutschnationalen als führende Regierungspartei am Kabinett Luther beteiligt sind, denken sie nicht daran, die Versprechungen wahrzunehmen, die sie den Gläubigern und Sparrern bei den Wahlen feierlich gegeben haben. Die egoistischen Interessen der reichen Schuldner in der Industrie und in der Landwirtschaft stehen ihnen viel höher als die Lebensbedürfnisse der verarmten Opfer der Inflation. Diese Tatsache wird nun auch in den breiten Massen der enttäuschten Gläubiger und Sparrer erkannt. Durch diese betrogenen Volksschichten geht ein jähes Erwachen, das sich vielhundertfältig äußert in den Zeitungen, die aus allen Teilen des Reiches bei der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und ihren Vertretern im Aufwertungsausschuß tagtäglich eintausen. Nachstehend einige Stimmungsstücke aus diesen Zeitungen:

Quedlinburg,

Sie haben wohl allen Gläubigern und Sparrern aus der Seele gesprochen, als Sie bei der Beratung der Aufwertungsfrage den deutschnationalen ihre schneidende Wankstange vom Geißel gerissen haben. Welchen Schaden die deutschnationalen mit dem Mißbrauch ihrer angeblichen Aufwertungsgrundlichkeit bei den Wahlen angerichtet haben, erkennt man erst vollends, nachdem die von ihnen betrogenen Hypothekengläubiger jetzt ausplaudern beginnen. Kürzlich brachte eine Zeitung die Nachricht, daß die Firma Allendorf in Schöneberg bei Magdeburg, Besitzerin der großen Kaiser-Bräuerei daselbst, Besitzerin mehrerer Rittergüter und Domänen mit 10 000 Morgen Areal, Besitzerin mehrerer Zuderfabriken und nach dem Kriege auch einer Sprengstoffabrik, in einem 82 Jahre alten Mann eine Hypothek von 70 000 Goldmark im Jahre 1923 mit einem Betrage von 24 Goldmark zurückgezahlt hat und diesem der Armenpflege anheimgefallenen Mann auf sein Erbschaft, ihm doch wenigstens etwas Jinsen zu zahlen, erklären sich, dazu anherstande zu sein. Jetzt machen sich die deutschnationalen zu Beschützern solcher Schuldner!

Leipzig-Wahren,

Mit großer Freude haben wir gesehen, daß Sie, Herr Reichstagsabgeordneter, in der 31. Sitzung des Reichstages den langgeheinten Antrag auf Aufhebung der dritten Steuernverordnung gestellt haben. Ich und Tausende und aber Tausende sagen Ihnen besten Dank. Ich habe weiter festgestellt, daß die Herren deutschnationalen nicht für die Aufhebung der dritten Steuernverordnung sind. Um den Wahlschwindel der deutschnationalen aufzudecken, erlaube ich mir, Ihnen einen Verkaufsauftrag von der letzten Reichstagswahl zu übersenden. (Beigelegt ist ein Wahlauftrag, der auf der Vorderseite mehrere Reichs- und Staatsanwaltschaftsverordnungen bildlich darstellt und in großen Lettern dazu schreibt: „Wahl deutschnational, Liste 2. Wir sorgen für Aufwertung!“ Auf der Rückseite wird in ausführlichem Text versichert, daß die deutschnationale Volkspartei keinen Schwindel treibe, sondern die Aufwertung als ihre erste Forderung ansehe und den Kampf gegen den „Finanzdiktator Dr. Luther“, der die Guthaben der Gläubiger und Sparrer „zu mehr als 85 Prozent konfisziert“ habe, entschlossen aufnehmen werde.)

Bad Warmbrunn,

Ich Unterzeichneter glaube im Sinne der 3639 Mitglieder des Sparrersparverbandes und der vielen Rentner und Rentnerinnen zu handeln, wenn ich unsern verbindlichsten Dank ausspreche für Ihre Forderung der sofortigen Entscheidung der Aufwertung.

Man macht uns nicht weis, daß Landwirtschaft und Industrie ihre Hypotheken und Obligationen nicht zahlen können. Ringsum Ruin, sehen wir täglich das gute Leben, und die ungeheuren Preise aller Erzeugnisse lassen sehr wohl die Möglichkeit der Aufwertung zu.

Greifswald,

Bei der vorigen Wahl hatten die deutschnationalen in ihren Blättern geschrieben: „Wir sind die einzige Partei, welche die Aufwertung anstrebt.“ Darauf wurde hier von den kleinen Sparrern eine Versammlung einberufen. Wir waren 800 Mann. Es wurde beschlossen: Wir können nicht anders wählen als deutschnational. Da die deutschnationalen uns nun betrogen haben, so machen Sie die Sache wieder gut. Wir setzen unser ganzes Vertrauen auf Sie.

Serhausen, Altmärk,

Die schamlosen Lügen der sog. Wirtschaftsgruppen bezw. des Großkapitals, keine höhere Aufwertung als 15 Prozent leisten zu können, tragen recht deutlich den bolschewistischen Charakter. Die Schamröte müßte diesen Räubern bei ihren Anträgen ins Gesicht steigen. Wo bleibt die vielgepriesene Volksgemeinschaft, wenn es auf der einen Seite in Deutschland Menschen gibt, die den Krieg so stänzend gewonnen und auf der anderen Seite Leute, die ihn verloren haben und dem Hunger und Elend preisgegeben werden?

Stavenhagen,

Heute lesen wir, daß Sie im Reichstag den Antrag gestellt haben, die dritte Steuernverordnung aufzuheben. Wir betrogenen Sparrer danken dafür und begrüßen mit Freuden, daß die Sozialdemokratische Partei das zum Himmel schreiende Unrecht einleitet. Ihre Partei hat keine Wahlpropaganda gemacht wie die deutschnationalen. Und eine Propaganda dieser Partei, die in ganz Deutschland verhandelt wurde. Lesen Sie bitte Seite 13. Haben diese Leute ihr Wort gehalten? Nein! Nur Stimmenfang haben Sie getrieben. Alle entrechteten und betrogenen Sparrer werden niemals wieder deutschnational wählen.

Stiebrich,

Warum sind die Rechtsparteien so gegen die Aufwertung? Weil sie alle ihre Hypotheken abgestossen haben. Sie haben keine Schulden mehr und sind über Nacht reich geworden. Ob das andere Volk sich sein ganzes Leben lang schon von Vater und Großmutter her die Pfennige zusammengespart hat, die ihnen nun geraubt sind, ist ihnen gleichgültig.

Sippstadt,

Die gegenwärtige Rechtsregierung setzt sich zusammen aus Mitgliedern der Parteien, die ihre Zusagen in sichtlich bindender Form abgegeben haben. Es muß erwartet werden, daß Männer von Anstands- und Pflichtgefühl ihr Wort halten und sich nicht bereit finden, das größte Unrecht aller Zeiten zu unterstützen. Die Mittel zu einer gerechten Aufwertung müssen ebenso gut vorhanden sein, wie sie für die weniger als die Sparrer geschädigte Ruhrindustrie in weitgehendster Weise vorhanden waren. Es bedeutet kein Unrecht, wenn zum Beispiel diejenigen Quellen rückstandslos erfährt werden, denen das Geld als Kriegs- und Inflationsgewinn durch Schiebertum usw. aus dem Markt des Volkes mühelos zugeflossen ist.

Das sind nur einige Proben. Sie könnten beständig vermehrt werden. Die doppelte und dreifache betrogenen Opfer der Inflation sind aufgemacht und haben den deutschnationalen Wahlschwindel erkannt, der auf ihre Kosten betrieben worden ist.

Noch ist es Zeit!

Arbeiter, Angestellte, Beamte werbt für euren Kandidaten!

Otto Braun

muß Reichspräsident werden

Kopf geschlagen. Gummibestrichene Reichsbannerleute und auch Papanten sind mit Gummiknüppeln und blanken Säbeln gehandelt worden. Die Staatsanwaltschaft muß bei allen diesen verschiedenen Zeugen vielfach bestätigten schweren Anschuldigungen immer wieder erklären, daß sie keinen einzigen von den Tätern festnehmen konnte. Die Weisanzträge dürfen noch eine weitere Anzahl von Verhandlungstagen in Anspruch nehmen.

Kommunisten im Wahlkampf.

Duisburg, 23. März. (Radio.)

Die sozialdemokratische Partei hatte am Sonntag nach Weismar bei Hamburg eine Versammlung einberufen, in der Landtagsabgeordneter Genosse Schluchtmann sprechen sollte. Als der Redner beginnen wollte, wurde ihm von den aweisenden Kommunisten zugerufen: „Jetzt ist es 5 Minuten vor 12 Uhr.“ Dieser Ruf war für die übrigen Kommunisten das Signal zur Sprengung der Versammlung. Es drängte ein Trupp roter Frontkämpfer unter Führung des als Versammlungspräsidenten bekannten Kommunisten Gründel aus Hamburg in den Saal ein. Als die am Saaleingang stehenden Genossen sich wehrten, gingen die Kommunisten brutal vor und bombardierten die Versammlungsteilnehmer mit Säbeln, Äxten, Biergläsern und anderen Instrumenten. Es entstand ein ungeheurer Tumult. Der Genosse Schluchtmann erhielt mit einem Messer einen Stich in die linke Hand. Ein Kruppel, der an zwei Krüden ging, wurde von den Kommunisten niedergeschlagen und die Krüden zerbrochen. Als die Kommunisten ihr Werk vollbracht hatten, gaben sie die Erklärung ab: „So jetzt habt ihr wenigstens auch einmal den roten Frontkämpferbund gespürt.“ Der Versammlungssaal bildete einen Trümmerhaufen. Es war auch nicht ein einziger Tisch oder Stuhl heil geblieben.

Eine politische Kirchenglocke.

Sie findet nicht mehr Gottes, sondern Schlageters Rahm. Unter der Überschrift „Eine Schlageterglocke. Als Mahnerin zu deutschem Heldentum“ finden wir in der „Deutschen Zeitung“ folgende interessante Meldung:

28. März, 21. März.

„In vierwöcherlicher Weise wurde in Glanitz, Kreis Buchholz, unserem unergelichen Helden Leo Schlageter zum Gedächtnis, der dem niedrigen Haufe der Weltlinge sein Leben geben mußte, eine Kirchenglocke geweiht.“ Die Kirchenglocke, die von dem weltberühmten Glockengießer Stöcker in Gifhorn gegossen wurde, trägt die Inschrift: „Diese Glocke ist dem Andenken von Albert Leo Schlageter geweiht. Er wurde am 12. August 1894 zu Schönow im Schwarzwald geboren und am 26. Mai 1923 zu Tullefeld von den Franzosen ermordet.“ Offenbar 2. B. 10. — Wir schreiben diesen Namen in dieses Glockenetz, das Streu und guten Samen ins deutsche Völkchen, von Treue und von Ehre und deutschem Heldentum, daß doch noch wiederkehre des alten Reiches Ruhm. — Joh. 15, V. 18.“

Wir können die ganze Anzahl journalistisch recht eifrig tätiger Autoren. Vielleicht ist einer so freundlich, uns diese theologischen Fragen zu lösen.

Vielleicht findet er dann auch gleich die besonders harte Nuß, wer den satirischen Druckfehler von „Der Streu“ in den ideenhaltigen Bericht der „Deutschen Zeitung“ hereinabdrückt hat. Ist das die Strafe für Blasphemie, oder hat der Satan selbst hier seine Hand in der Segensglocke gehabt?

Reizige Günde.

Loenarz und v. Pappen, die am 20. Februar durch Stimmhaltung die Niederlage des Herrn Marx im Preussischen Landtag herbeigeführt hatten, erklärten öffentlich, daß sie sich der Fraktionsdisziplin unterwarfen. Darauf hat die Fraktion den Ausschluß der beiden Abgeordneten zurückgenommen.

Der internationale Sicherheitspakt.

England als Vermittler zwischen Deutschland und Frankreich.

SPD. London, 21. März.

Der englische Außenminister hatte am Sonnabend mit dem deutschen Vorkämmerer Stamer eine längere Unterredung über die Sicherheitsangelegenheiten. In dieser Unterredung hat Chamberlain mitgeteilt, daß die englische Regierung bereit sei, zu prüfen, inwieweit der Vertrag, der von Deutschland vorgeschlagen wird, mit dem Versailler Vertrag übereinstimmt, und in welchen Einzelheiten er abweicht. Nach dieser Prüfung werden direkte Verhandlungen über die Einzelheiten folgen, in denen der deutschen Regierung eine Reihe von Fragen zur Beantwortung vorgelegt werden. Die englische Regierung ist gewillt, an dem Gedanken eines Sicherheitspaktes mit Einfluß Deutschlands unter allen Umständen festzuhalten. Die Verhandlungen mit Frankreich werden fortgesetzt.

Arbeiter als Staatsmänner.

Von Wilh. Heise.

Am 29. März hat das gesamte deutsche Volk sein Staatsoberhaupt zu wählen. Dieser Tag wird einst in der Geschichte beweisen, ob das deutsche Volk endlich mit unheilvoller Tradition gebrochen hat oder nicht. Im kaiserlichen Deutschland hieß man mit jährr Kraft an dem Willen fest, nur Minister aus der Staatskariere zu ernennen.

Erst die Republik hat mit dieser Tradition gebrochen. Lange schon vorher war der Glaube erschüttert, daß Leitung und Verwaltung nur in der Akzentuierung der Bürokratie erlernt werden könnte.

Große Verwaltungskunst erforderte doch z. B. Industrie, Handel, Landwirtschaft. Große Verwaltungskunst die Führung der Gewerkschaften. Die Verwaltung der Gewerkschaften liegt aber doch ausnahmslos nur in den Händen des berufsmäßigen Arbeitnehmers. Die Kraft und Macht dieser hat bewiesen, daß die erwählten Mannen des Volkes auch ohne staatliche Laufbahn mit Geschick, Takt und Verantwortung zu leiten fähig sind. Damit ist ferner bewiesen, daß die Verwaltungskunst nie erlernt werden kann, sondern auf Talent beruht. Wohl kann sie durch Erfahrung gelehrt und durch Übung entwickelt werden.

Aus dieser Erkenntnis heraus, schieden Handel, Industrie usw. ihr Generalsekretäre in die politische Arena. Von hier aus gingen sie dann in die obersten Regierungsstellen über. So aber auch schied die Arbeiter ihre Gewerkschafts- bzw. Parteiführer in die Parlamente.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika weisen viele Handarbeiter als führende Männer in ihrer Staatsverwaltung auf. Einen gleich schweren Stand wie unser Genosse C. B. hat der Präsident Abraham Lincoln an der Spitze der nordamerikanischen Republik zu halten. Seines Zeichens ehemaliger Holzhaue, Aderknecht, Ladengehilfe usw. Gut ab vor diesem Mann, der es verstand, in der schwersten Zeit der nordamerikanischen Republik das Steuer sicher zu führen! Doch die düstere Gestalt der Vernichtung, der Tod, kürzte 1865 durch Mordhand sein Leben.

Andrew Johnson, ein Schneidergehilfe, war sein Nachfolger. Erst von einer Lebensgefährtin lernte er Schreiben und Rechnen.

Garfield, der Maultiertreiber, starb 1880 an der Spitze der Republik. Und Amerika besteht immer noch!

In Amerika und England, auch in anderen Kontinentalstaaten nimmt man seinen Anstoß daran. In dem leider allzu schwerfälligen Deutschland ist man noch so sehr daran gewöhnt, das akademische Studium als unumgängliche Vorbedingung jeder höheren Geistesbildung anzusehen. Und man sollte es nicht für möglich halten, daß es heute noch „fortschrittlich sein wollen“ Menschen gibt, die in spaltenlangen Zeitschriften, natürlich auf Befehl ihrer Geldgeber, den fallen Spießbürger darin noch bestärken. Nun — auch Judas verriet seinen Herrn, somit auch sich, für acht Silberlinge! Aber wer zwischen Zeilen zu lesen versteht, erkennt gar bald, daß es ihnen nur darauf ankommt, auf alle Fälle die Macht an sich zu reißen. Teilweise ist dieses leider schon wieder gelungen. Gelungen mit der Hilfe des Bürgermeisters. Und heute, wo der Kampf um die höchste Staatsstelle beginnt, wird in Zeitschriften von dem Bürger die Tradition gefordert. Nicht mit kalter Schärfe, nein, mit süßlichem Lächeln überzückt. Schreibt doch der Herr Zeitschriftler vom General-Politikus in Nr. 63 vom 15. März:

„Sowohl die Persönlichkeit, wie die Kraft zu wirklich neuer Schöpfung kann nur kommen von den bürgerlichen Parteien, denen damit eine hohe geschichtliche Aufgabe zufällt.“ Sind noch weitere Worte nötig?

Hand- und Kopfarbeiter, Republikaner denkt an die geschichtliche Bedeutung des 29. März!

Jarres oder Braun!
Starre Tradition oder Fortschritt!

Wirtschaftspolitische Wochenblätter.

Die Frage des europäischen Garantiepaktes in der internationalen Politik stellt sich in den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, die nach der Wendung in den Pariser und nach Abschluß der deutsch-belgischen Verhandlungen durchaus in den Vordergrund treten, als Transit- und Kohlenexportproblem dar. Durch die polnisch-deutsche Grenze ist zwischen Ostpreußen und Rußland bzw. Deutschland, dem Hauptlieferant für den russischen Aufbau, eine Barriere errichtet worden, ohne daß Polen angesichts seiner oberirdischen Kohlenfülle Verbrauchsindustrien hat, die Deutschlands Konkurrenz gegenüber Rußland übernehmen könnten. Dieser Zusammenhang erklärt Polens Wunsch nach vollkommener Kohlenausfuhr in Höhe von etwa 7 Millionen Tonnen nach Deutschland. Es liegt also fast eine ähnliche Komplikation wie mit den elsässisch-lothringischen Kontingenten vor, und es ist anzunehmen, daß sich die Lösung dieser Fragen kaum minder schwierig gestalten wird. Dabei dürfen sich unsere Kontrahenten nicht der Erkenntnis verschließen, daß man ein hochindustrielles Land wie Deutschland wohl kaum ohne weiteres zum Beutemarkt machen kann, auf den man seinen Warenüberschuh nach Belieben abwälzt. Weiter — und das gilt besonders für die ausländische Arbeiterschaft — geht es nicht an, ein Land, das man zur Zahlung von Reparationssummen verpflichtet, die rund 50 Prozent seines Ausfuhrwertes ausmachen, jeden Augenblick mit Recht oder Unrecht des Dumpings zu beschuldigen. Der Kampf der deutschen Eisenbahnarbeiter um wenige Pfennige Lohnerhöhung könnte dem Ausland zu denken geben. Es ist klar, daß sich die Obligationen, die der deutschen Eisenbahn auf die Lohn- und Arbeiterverhältnisse auswirken muß, womit nicht gesagt werden soll, daß die Eisenbahn die Lohnforderungen, die doch nur bescheidene, durch das steigende Preisniveau gebotene Lohnkorrekturen darstellen, nicht erfüllen könnte. Was die Lohnfrage im allgemeinen anbetrifft, haben wir die Auffassung, daß Lohnkorrekturen den „Kapitalneubildungspreisen“ entsprechend nicht nur nötig, sondern auch für die Industrie tragbar sind. Vor allem gestattet doch wohl die finanzielle Lage der Industrie solche bescheidene Korrekturen. Wir verweisen nur auf die überraschend hohe Dividende, die von der deutschen Industrie gezahlt wird, ohne daß die in den Goldbilanzen eingestrichelten stillen Reserven, die ja eine künstlich hohe Dividendenpolitik ermöglichten sollten, aufgelöst werden müssen. Im Gegenteil, man hat unter dem goldenen Segen der Kapitalneubildungspolitik Gelegenheit zu weiteren industriellen Expansionen genommen. So hat z. B. die Firma Siemens die Elberfelder Kupfer- und Melting-A.-G. zum Ausgangspunkt einer heftigen Konzentrationsbewegung gemacht und läuft augenblicklich wieder in Oesterreich auf. Weiter führte die genannte Firma die Oelfusion Api-Olewerke durch und die Phoenix-A.-G. nahm dem Norddeutschen Lloyd das 20-Millionen-Rupenpaket der Zeche Eschler Lippe ab, deren Besitz sie sich in Zukunft mit der Krupp-A.-G. teilen wird. Das sind doch Tatsachen, die nicht von Goldmangel sprechen. Wie weit die Liebesgabe von 720 Millionen diese Expansionen begünstigt, könnte schließlich nur die Staatsanwaltschaft feststellen, die sich hier, wo alle Merkmale des Betruges gegeben sind, ganz anders verhält als im Falle Barmat, wo von der „Anlage“ des Staatsanwalts nichts mehr übrig zu bleiben scheint.

Schlieben und die Sozialrentner.



Und es sprach der Herr v. Schlieben:
„Ich bedaure, meine Lieben!
Alles kriegen die da drüben
Und für euch ist nig geblieben!“ - D. K.

Sowohl die Abnahme polnischer Kohle durch Deutschland in Frage kommt, dürfte festzustellen sein, daß für unsere Industrie Polnisch-Obereschlesien eine geeignete und bequeme gelegene Bezugsquelle ist, sobald die Bedarf nach polnischer Kohle hat. Augenscheinlich liegen die Dinge aber so, daß wir selbst Kohlenüberschuß haben. Das gilt für Oberschlesien und für das Ruhrgebiet, wo der Kampf um den Absatz bedeutliche Formen angenommen hat und mit der Möglichkeit größerer Arbeitslosigkeit zu rechnen ist. Wir können im Bergbau wie in der Eisenherstellung heute unsere Kapazität, die weit über Friedensleistung liegt, gar nicht ausnutzen. Wenn man z. B. angesichts der Abfahrtskrise im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau nach Gründen der Depression sucht, so kann der milde Winter 1924/25, wie oft betont wird, kaum in Betracht kommen. Vielmehr sehen wir die eigentlichen Ursachen darin, daß die bis jetzt mehr in der Fertigwarenindustrie wütende Krise die Kohlenindustrie erfaßt. Das ist ein ganz natürlicher Vorgang. Die Kapitalneubildungspolitik hat die Kaufkraft gedrückt, sobald der Warenabfall nach dem Zinsende und Auslande stößt. Das hat ganz allgemein den Kohlenverbrauch vermindert, da Störung im Warenabfall Störung im Kohlenabfall bedeutet. Die Krise, die solange latent war, wird jetzt auf die Spitze getrieben, und wenn in Kürze Zehntausende von Bergarbeitern auf der Straße liegen und Arbeit bezw. Brot verlangen, haben wir den Erfolg der Wirtschaftspolitik, besonders der Lohn- und Preispolitik, vor uns, die unsere Rechtsregierung an treiben beliebt.

Im Rahmen der Erörterungen über die Wirtschaftskrise wird wieder einmal viel über Geldmangel gesagt. Es trifft zweifellos zu, daß sich der Umlauf an Banknoten und Rentenscheinen vermindert hat. Darin aber, im Zusammenhang mit der Geldpolitik, Grund und Ursache der Krise suchen zu wollen, wäre unsinnig. Die Dinge liegen in Deutschland eben so, daß mit dem Diskont überhaupt noch keine Geldpolitik gemacht werden kann. Hier — und das gilt auch für den Zins der Seehandlung bei Vermittlung von Reichsbankgeldern — ist es schon das Gebotene, wenn im Interesse einer Verbilligung der Produktion der deutsche Zinsfuß dem ausländischen Diskont möglichst angepaßt, im übrigen die Kreditgewährung von einer unparteiischen und eingehenden Durchprüfung des Bedarfs abhängig gemacht wird. Das ist, wie wir wissen, kein ideales Rezept, aber für Deutschland gibt es vorläufig kein anderes Hilfsmittel. Wenn wir zu diesem Schluß kommen, dann lassen wir uns von folgenden Überlegungen leiten: Die ganze Lage drängt förmlich zum Preisabbau. Es ist aber Tatsache, daß ein Teil der Geschäftswelt auf teuer eingekauften Vorräten sitzt und Verluste spekuliert. Hier muß die Auslösung irgendwie kommen. Es geht eben nicht, daß man sich durch diese oder jene Rücksticht auf bestimmte Interessengruppen zu weit, hinterher eine Politik zu treiben, die den Spekulant das Risiko abnimmt. Der Kaufmann muß wieder lernen, daß er das Risiko seiner Spekulation zu tragen hat. Wie die Lage bereits angepaßt ist, geht wohl am besten daraus hervor, daß, wie der letzte Reichsbankausweis wieder zeigt, die Abdeckung der privaten Kredite aus sehr geringfügig war. Andererseits ist durch die Ueberpreise viel Geld in die Geschäftswelt geflossen. Wenn die „neuen Kapitalien“ aber so wenig flüssig sind, wird es wohl daran liegen, daß mit ihnen sehr wenig produziert, aber recht viel spekuliert worden ist.

Im Mittelpunkt der Ereignisse stand wohl in der Berichtswochen der vielbemerkte Preisrückgang am Getreidemarkt. Veranlassung gaben dazu die wachsenden amerikanischen Preise. Anscheinend ist die Spekulation, die für die U.S.A. in Chicago ihren Hauptsitz hat, zum Teil zusammengebrochen; sehr wahrscheinlich hat sie den Bedarf Europas an Getreide erheblich überschätzt. Die Entwicklung bestätigt unsere oft geäußerte Auffassung, daß die Weltrente nicht so schlecht war, wie man immer behauptete, und daß sie voll und ganz für die Befriedigung der Nachfrage genügt. Ob die Lasse genügen wird, die Getreidepreise wieder normal zu gestalten, hängt von den Aussichten der kommenden Ernte ab, über die heute nicht gut etwas Positives gesagt werden kann. Vorläufig ist etwaigen Propagandisten für Agrarpolitik „infolge veränderter Marktlage“, um den deutschen Preis zu halten, nur zu antworten, daß dieser noch um 50 bis 60 Mark (Koggen) über Friedensstand liegt und feiner der deutsche Preis mit dem Auslandspreis parit ist. Dagegen ist folgendes zu berücksichtigen: Durch die Abflachung des Weizenpreises haben sich Preisrezesse und Verdichtspannen für Händler und Bäcker vergrößert. Es ist deshalb zu fordern, daß diese dem Konsumenten zugute kommt. Die Brotpreise sind mit den anziehenden Getreidepreisen um gut 30 bis 40 Prozent gestiegen worden. Es ist also nur billig, wenn jetzt, wo der Getreidepreis rückgängig ist, auch der Brotpreis gesenkt wird.

Das tägliche Brot

Roman von Clara Viebig.

26. Fortsetzung (Nachdruck verboten.)
„Wirst du noch was essen?“
„Ne, ne, ich bin ganz satt. Vor Freude. Ich könnte jetzt nichts essen. Nachher! Nachher!“
Wie angeregt die kleine Trude war! Er führte sie heute zum erstenmal ins Theater, in die „Jugend“, er war sich selbst nicht klar darüber, warum er grad dies Stück gewählt hatte. Und nachher wollte er mit ihr loupieren.
Zum erstenmal würde sie ganz ohne Gene ausbleiben können. Die Eltern machten mit dem Verein „Fidelitas“ die alljährliche Landpartie nach Stralau, da wurde es spät bis zur Rückkehr, vielmehr früh. Im vorigen Jahr war Trude mitgewesen, da hatten sie bei Sommerausgang noch draußen Kaffee getrunken.
Die Mutter mit Arthur und Elli war schon um drei nachmittags ausgerückt, man mußte das selbige Vergnügen doch wohl ausgeben. Vater Reische kam am Abend nach; es war das einzige Mal im Jahr, daß der Keller früher geschlossen wurde. Nur Grete blieb zu Haus.
Trude lachte übermütig, als sie ihrem Leo erzählte, wie schwer es ihr geworden war, sich von der Partie loszureißen.
„Ich habe Muttern ordentlich was vorreden müssen. Wir hatten Krach. Aber was schadet's. Nun kann ich lange bei dir sein!“
Von einem Strom der Zärtlichkeit mit fortgerissen, drängte sie sich näher an ihn; so dicht schritt sie neben ihm her, daß ihr Kleid bei jedem Schritt um seine Kniee schlug. Sie wußte, daß sie sich im Hellen nicht an seinen Arm hängen durfte, aber heut abend im Dunklen — ach ja!
Er neckte sie. „Aber die Courtmacher von Stralau, Trude, was? Da hättest du dir doch einen zulegen können!“
„Ach die!“ Sie errötete tief und warf die Lippen auf. „Daß doch!“
„Nanu? Was ist denn los? Du bist ja beleidigt!“
„N — ein.“ Sie jagte sie ägernd. Aber man merkte es ihr an, sie war verstimmt.
Er lachte. „Aber, Trude, zu man nicht so! Als ob du so spröde wärst!“
Es war ein merkwürdiger Blick, mit dem sie ihn ansah; Beschämung lag darin, Vorwurf und zugleich Hingebung.
„Du sollst nicht so was sagen“, murmelte sie und lenkte tief den Kopf. „Du nicht — heute nicht!“ Sie seufzte; und nun schaute sie doch nach seinem Arm und drückte ihn. „Ich bin dir so gut!“
„Das ist brav von dir! So — laß los! Und nun komm, Trude, nun wollen wir uns heut mal famos amüsieren!“

Ob sie sich auch amüsierte, war ihm bis jetzt nicht klar. Im verdunkelten Parquet des Theaters am Schiffbauerdamm sah sie nicht an ihn gerückt und hielt verstoßen seine Hand. Will großen Augen folgte sie den Vorgängen auf der Bühne; ihre Ohren glühten dunkelrot, aber ihr Gesicht wurde immer bleicher.
In der Pause führte er sie in die Restauration. Er konnte das jetzt ruhig riskieren, die meisten seiner Bekannten waren bereits auf der Sommerreise, und wenn ihn irgend einer sah — na, wenn schon, sie war ja ein riesig schides Mädel!
Sie weigerte sich, etwas zu essen, nur trinken wollte sie; sie hatte einen brennenden Durst, das große Bierseidel faßte sie mit beiden Händen und leerte es auf einen Zug.
Als sie dann nach dem letzten Klingelzeichen im dichten Gewühl durch das Foyer drängten, und er, leicht den Arm hinter ihre Taille legend, sie voran schob, zog sie seinen Arm fester um sich. Er merkte, wie ihr schlanker Körper bebte; durch das leichte Sommerkleid durch fühlte er das Pulsen ihres warmen Fleisches. Er drückte sie fester. Das hatte er sich gleich gedacht, dieses Stück war so was!
Von dieser „Jugend“ da oben auf der Bühne wehte ein heißer Hauch hinab ins Parquet; ein seltsamer Duft; ein Geruch nach Flieder und Jasmin, in dunklen Lauben blühend, in schwüler treibender Lehnacht.
Er preßte Trudes Hand, die in der seinen zuckte, und neigte sich dicht an ihr heißes Ohr. „Trude, süße Trude!“
Sie senkte die Wimpern, Tränen hingen daran. Er hatte sie noch nie weinend gesehen, immer nur mit einem lustigen Fröhchen. Er wollte sie necken, aber dann war er förmlich geniert und sah sich schen um — das war ja gräßlich, wie sie schluchzte!
„Aber Trude!“
Sie drückte trampfhaft seine Hand und biß in ihr Taschentuch. Unarbeitsam fürzten ihre Tränen.
Gut, daß der letzte Akt zu Ende war!
Als er sich mit ihr dem Ausgang zuehob, sagte er, halb spöttisch, halb ein bißchen mitleidig: „Kleines Schaf!“
Sie lachte schon wieder und hing sich vergnügt an seinen Arm. „Ne, so dumm, was?“
„Sehr richtig. Das kann ich dir sagen, wenn ich gewohnt hätte, daß du so heulen würdest, hätte ich dich wahrhaftig nicht hergeführt! Das nennt sich nun ein Vergnügen!“
Sie nickte heftig. „Doch, es war auch eins! Ich hab mich riesig amüsiert. Ha, da hab ich mal tüchtig gehaut; das reicht für lange! Ach, Leo, was das schön!“ Die Zähne aufeinander beißend schüttelte sie sich: „Aber nun los!“
„Du hast wohl jetzt nen Riesenhunger? Ich auch. Na, denn komm! Heut spendier ich dir Sell!“
Sie klatschte in die Hände. „Sel, wie nobel! Den hab ich schon immer mal gern trinken wollen!“ Aber gleich darauf wurde sie stumm, ein trübseliger Schauer überflog sie. „Erst noch

„n bißchen draußen rum bummeln — ja?“ bat sie mit stotternder Stimme.
Er tat ihr den Willen, langsam führte er sie am Wasser weiter hinauf. Der Menschenstrom hatte sich verlaufen, sie waren allein. Er drängte sie in eine dunkle Lornische und küßte sie ab. Sie küßte ihn heftig wieder, ihre Lippen lagen heiß auf den seinen; minutenlang hing sie an ihm.
Zärtlich stülperte schlendernd sie dann wieder weiter.
Wärlig hob sich der Bau der Markthalbrücke, vereinzeltes Laternenschein warf zitternde Krinael und blanke Flecke auf das schwarze schaukelnde Wasser. Die Wellen gluckten an der Mauer des Kai.
Eine feuchte Kühle stieg auf.
Die einamen Schritte der beiden hallten gedämpft.
„Du“, sagte Trude plötzlich und lachte leise, „die Landwe hat noch 'n Dusek gehabt, daß der verrückte Bruder sie erschossen hat.“
„Nein. Darin liegt ja grade der Fehler des Stückes.“ Sie lehnte Leo.
„Nanu? Warum denn ein Fehler? Sie kann doch nicht ins Wasser gehn? — Das ist viel zu gewöhnlich. Puh, das tun ja die meisten! Weißt du, ich hab auch eine getan — sie kam oft zu meinen Eltern ins Geschäft laufen — die is nich weit von der Potsdamer Brücke in den Landwehrkanal gesprungen. Ihr Bruder hat nachher ihre Sachen bei uns auf der Straße an Grummachs verkauft, in dem Trübseladen. Da hingen sie lange im Fenster. Greulich!“ Sie schauerte zusammen. „Wie kann man bloß?“
„Daß doch das dumme Gerede“, sagte er, unangenehm belächelt. „Das ist ja ungemächlich.“
Sie lachte wieder, und dann blieb sie mit einem Rud stehen und hemmte so auch seine Schritte. Mit einem Laut, halb Lachen, halb Seufzer, warf sie plötzlich beide Arme um seinen Hals und küßte ihn ungestüm.
„Ach — — —“
„Trude, ne, aber Trude, wenn einer kommt!“ Er sah sich schen um. „Hier kann uns ja jeder sehn!“
„Is mir ganz egal“, lachte sie und verberg den Kopf an seiner Brust.
XII.
Mine sah in ihrer Küche auf der Eimerbank, hatte den linken Ellbogen auf den Herd gestemmt, den Kopf in die Hand gestützt und starrte in die verglimmenden Funken des offenen Kaminloches. Die rechte Hand, die ihr lässig im Schoße lag, hielt einen Brief. Der war von so Hause. Im schwebenden Licht des Tages hatte sie ihn mühselig entziffert. Der Vater selber schrieb, wie mit dem Besenstiel gekratzt. Die Male war nicht mehr dabei, die diente seit der Einsegnung auf dem Goldmager Vorwerk, als Kindermagd, um Essen und Kleidung.
(Fortsetzung folgt.)

Extra-Angebot

Wir zeigen die neuen Farben und Formen.

SCHUHE

- Damen-Schuhe in Spange u. Schnür, neue eleg. Form, gute Verarbeitung, halbhoh. Absatz **6⁹⁰**
- Damen-Schuhe in Spange u. Schnür, Boxkalf, neueste moderne Formen, halbh. Abs. **10⁷⁵**
- Damen-Schuhe in Spange u. Schnür, Lackleder, amer. od. frz. Absatz. Good Welt 16.75 **15⁷⁵**
- Damen-Schuhe in Spange u. Schnür, braun Boxkalf, Good., gewendet und genäht 16.75 **12⁷⁵**
- Damen-Hauschuhe, in Stoff, Kordelsohle, schöne Muster, sauberste Ausführung 36/43 **1⁴⁵**
- Herrn-Halbschuhe, neueste halbsp. Formen sauberste Ausführung, in solid. Ledervorten **11⁵⁰**
- Herrn-Halbschuhe, schwarz und braun, Rindbox und Boxkalf, halbsp. Form. 16.75 **14⁷⁵**
- Herrn-Stiefel, Rindbox, runde u. halbspitze Formen, sauberste Verarbeitung und Ausfüh. **11⁷⁵**
- Herrn-Stiefel, schwarz u. braun, Boxkalf, Rindbox, runde und spitze Formen **16⁷⁵**
- Herrn-Stiefel, schwarz und braun, Good Welt, neueste Formen, gutes Material **19⁷⁵**

STRUMPFE

- Damen-Strümpfe, Ia. feine Baumwolle englisch lang, verstärkt **0⁴⁵**
- Damen-Strümpfe, Ia. feine Baumwolle Doppelsohle und Hochferse **0⁸⁵**
- Damen-Strümpfe, echt Mako, m. Seidengriff, Doppelsohle und Hochferse... **1¹⁵**
- Damen-Strümpfe, extra feine Baumwolle, Doppelsohle und Hochferse **1²⁵**
- Damen-Strümpfe, Ia. Seidenflor, Doppelsohle und Hochferse **1²⁵**
- Damen-Strümpfe, Ia. Kunstseide, Doppelsohle und Hochferse **1⁴⁵**
- Damen-Strümpfe, Ia. Mako, schwere Qualität, Doppelsohle und Hochferse **1⁹⁵**
- Herrn-Socken, feine Baumwolle, in schönen Farben **0⁴⁵**
- Herrn-Schweißsocken haltbare Qualität **0⁵⁰**
- Herrn-Socken, Ia. Seidenflor, schwarz, Doppelsohle und Hochferse **1⁴⁵**

Beachten Sie die beiden Spezialfenster.

Kaufstadt

Jeden Dienstag von 3-6 Uhr:
Eimerbier.
H. Bade.

Rasiermesser
von mir persönlich mit Handhabung versehen. Schneiden vorzüglich, ein Versuch überzeugt

Oldori
Hauptstraße 50
Schleiferei und Reparaturwerkstatt

Industriekartoffeln
2. Dinkels weichen Umbau billig. Verkauf u. Bestellung von 9-12. 3-6 Mengstr. 5, Keller (4449)

Zigarren
eigene Fabrik auf gute Tabake
C. Wittfoot
Obere Holzstraße 18

Deutscher Eisenbahner-Verband
Ortsgruppe Lübeck

Mitglieder-Versammlung
am Montag, 23. März abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Z Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Lohnbewegung
2. Beratung der Anträge zur Generalversammlung
3. Innere Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbücher vorzeigen (4438)
Der Vorstand

Das Fahrrad
ein Van. letzte Mitandhaltung u. Reparaturen
Von Oberingenieur G. A. Krumm u. R. Burger

Mit 110 Abbildungen und einigen Tabellen
Preis 1.20 Mark

Buchhandlung
„Sünder Bollstrot“
Johannisstr. 46

Fledermaus
Heute das abwechslungsreiche neue Programm
TANZ
beste Tanzmusik (4448)
Biere u. Getränke aller Art Kleine Preise

TROGADERO
Täglich 5 Uhr: 4312
Unterhaltungs- und Stimmungskonzerte

Theater-Klause
Erstes Bier-, Wein- und Café-Lokal
Vielbegehrter Mittagstisch a. M. 1.50 (4417)
Abonnenten M. 1.25

(Saß abm 19 Goldpfg., Lichtstrom khw 60, Kraftstrom 27, Wasser abm 15/80, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfg. (4434)

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Filiale Lübeck

Versammlung der Betriebsräte u. Vertrauensleute
Dienstag, d. 24. März abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus Zimmer 1 (4455)
Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Ortsgruppe Rensseld

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 25. März abends 7 1/2 Uhr, im Gasthof Transvaal, Schwartau
Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht von der diesjährigen Generalversammlung.
3. Bericht von den Beschlüssen der Gewerkschaftsvorstände betr. Erhebung eines Lokalzuschlages.
4. Wahl der Fahrenkommission, (4441)
5. Abtretung der Bormerter Kollegen.
6. Sonstige Verbandsangelegenheiten.
Die Ortsgruppenleitung.

25. (251.) Preußisch-Südd. Klassenlotterie



Ziehung 1. Klasse 17. und 18. April

Betrifft Original-Lose

Die starke Nachfrage nach Losen veranlaßt mich, diejenigen Interessenten, welche das von mir angebotene Original-Los 1. Klasse der 25. (251) Lotterie spielen wollen, den Einsatzbetrag dafür aber noch nicht entrichtet haben, zu bitten, sich durch umgehende Benachrichtigung an mich ihre Losnummer schnellstens zu sichern, da ich sonst über die betreffende Nummer anderweitig verfügen muß.
Zahlung kann bei fester Bestellung auf Wunsch bis spätestens 15. April erfolgen

Anspruch auf event. Gewinn haben nach § 6 des Spielplans bekanntlich **nur vor der Ziehung bezahlte Lose** (4468)

Staatliche Lotterie-Einnahme **R. Jansen** Fernruf 3859
Johannisstraße 18

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Ortsgruppe Rüditz

Versammlung
Mittwoch, 25. März abends 7 1/2 Uhr, bei Dieckelmann
Verbandsbücher sind vorzuzeigen. (4419)
Jeder muß kommen.
Die Ortsverwaltung

Stadtheater Lübeck
Montag, 7.30 Uhr:
Gespenster (4411)
Dienstag, 7.30 Uhr:
Unsere kleine Frau
Mittwoch, 7.30 Uhr:
Vogelhändler

Freistaat Lübeck.

Montag, 23. März.

Wähle . . . !

Wenn du eine Rose siehst, sag' ich laß sie grünen.
Haßt du einen Krummetopp, laußt du ihn begießen.
Wenn du als Analphabet kannst bis fünf nicht zählen
Und nicht weihst, wahn es geht, dann zieh' Lindström wählen!

Wenn du Langeweile haßt, fange lüchtig Klagen.
Wenn dich das zu müde macht, bleib im Bette liegen.
Hebe dich in Obstruktion — immer feste ran!
Hau alles kurz und klein und wähl' Thälemann!

Wenn du Magen Schmerzen haßt, Mensch sieh Puppomade.
Haßt du mit dem Stuhlgang Laß, esse Marmelade,
Oder füttere Pflaumenbrei, 's loßt' dasselbe Geld
Und wenn du dann kein' Durchfall haßt, wähle Helb!

Wenn du geistig bist ganz arm, wähl' du festig sein.
Haßt du über'n Durst getrunken, sing die Nacht am Rhein.
Wenn man dir's Gehirn gellaut — wie'd's dir jemals schen?
Und wenn du einen Vogel haßt, wähl' du Jarres wählen!
Nicodemus Hintepinke.

Ein freundlicher Gast durchschreitet seit einigen Tagen unsere Gasse. Er soll sich um diese Zeit alljährlich einstellen, aber so pünktlich wie dieses Mal kommt er selten — der Lenz nämlich, den Dichterlinge und muntere Mädchen anheimeln, dem aber auch die Alten sehr gewogen sind. Feuer lachte uns der Frühling tatsächlich zur selben Stunde an, in der sein Vorwärtstakt im Kalender angezeigt ist. Wir freuen uns oft seiner Mäntlichkeit und wollen nur hoffen, daß es ihm mit seiner Wille ernst ist und daß er keinen Schaden mit uns treibt. Immer kann der Himmel nicht klarblau sein, doch die Lüfte werden milder, die Welt mannigfaltiger und vielleicht bringt das Frühlingserwachen auch ein bißchen Freude für die vom Schicksal Gequälten. Hoffen wir das Beste, lieber Leser!

Eine empfindliche Strafe wegen Verleumdung erhielt der Wächter Diedmann. Im General-Anzeiger erschien ein Inserat, in dem Mitarbeiter für die Lübecker Nachtpost gesucht wurden und zwar just in der gleichen Nummer, in der Interessenten gegen die Nachtpost sich melden sollten. Diedmann gestellte sich den traurigen Existenz erweiterer Art zu. Ihn lockten die angebotenen 10 Mk. Honorar, die der Hintermann des Wählers für irgend eine Standaftmachung ausbot. Wie noch erinnerlich sein dürfte, wurde diesem Wähler in Bremen vorgeworfen, daß er in kommunistischen Kreisen auch als Polizeispitzel wirkte. Der eigentliche Schuldige ist also der Herausgeber der Nachtpost und seine Kreatur Wähler. Diedmann berichtete diesen Gehmännern allerlei Gemeinheiten über ein Ehepaar B. Die Frau sollte sich in Cafés herumtreiben, der Mann Zubehörsdienste leisten und das Geld verlaufen. Aber gesehen hat dieser Diedmann gar nichts und Beweise ermangeln ihm auch. Alles weiß er nur vom Hörensagen. Von diesem Material lebte die Nachtpost. Das Gericht setzte eine ganz exemplarische Strafe aus. Es verurteilte Diedmann zu 6 Monaten Gefängnis. 3 Monate waren nur beantragt.

Ausfuß von 50-Rentenmark-Scheinen. Durch Bekanntmachung vom 20. März ruft die Deutsche Rentenbank die Rentenbankscheine zu 50 Rentenmark mit dem Ausfertigungsdatum vom 1. November 1923 zur Eingiehung auf. Die aufgerufenen Scheine können bei den öffentlichen Kassen bis zum 30. Mai 1925 in Zahlung gegeben werden, bei den Kassen der Reichsbank aber bis zum 30. September gegen andere Rentenbankscheine oder gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel umgetauscht werden. Mit dem Ablauf des 30. September 1925 treten die aufgerufenen Rentenbankscheine außer Kraft und damit erlischt auch die Umtausch- und Einlösungsfrist der Deutschen Rentenbank.

Die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung, Untertrave 104, Zimmer 10, schreibt uns: Die Zahl der für männliche Berufsanwärter in Frage kommenden offenen Lehrstellen und die Auswahl nach den einzelnen Berufen ist so groß, daß den Eltern der Eltern zur Schulentscheidung kommenden Knaben, die noch ohne Lehrstelle sind, dringend nahegelegt wird, sich baldmöglichst an die Berufsberatungsstelle zu wenden. Sie erhalten hier Rat und Auskunft und es können ihnen Vorschläge gemacht werden, falls über die Berufswahl noch kein Entschluß gefaßt ist. Sind die Berufswünsche mit der Eignung einigermaßen in Einklang zu bringen, so wird auch in den meisten Fällen eine geeignete Lehrstelle nachgewiesen werden können. Eltern, deren Verhältnisse es irgendwie gestatten, sollten ihren Kindern eine ordnungsmäßige Lehre ermöglichen. Sie bieten gegenüber einem ungeleiteten Beruf immer eine weit bessere Zukunft. Ein geleiteter Beruf bringt die notwendige Betätigung mit sich. Auch für solche jungen Leute, die bereits aus der Schule entlassen sind und noch eine Lehre eingehen wollen oder aus einem triftigen Grund ihren Beruf wechseln müssen, ist Gelegenheit gegeben, eine ihren Wünschen und ihrer Eignung entsprechende Lehrstelle zu erhalten. Mit Rücksicht darauf, daß Eltern vor der Tür steht, sollte die Frage der Berufswahl, wo sie noch nicht entschieden ist, baldmöglichst gelöst werden und sollten die Beteiligten sich umgehend vertrauensvoll an die Berufsberatungsstelle wenden.

Das schwarz-weiß-rote Frühlingsfest im Kolosseum.

Der Jarres-Sput im Kolosseum. — Ein ungeheurer Reinfall des Reichsbloßes. — Jarres als völkischer Musterknecht.

Was das eine Blamage am Sonnabend! Ein hellerleuchteter Saal für 2000 Personen, der Eingang von Hasentanzjünglingen flankiert und — na, wir wollen weitherzig sein — von 250 Frühlingsfestlern besetzt. Davon ein guter Teil alter Lanten. Am Vorstandstisch die Vertreter des Reichsbloßes. Wer spielt denn in Lübeck die erste Geige bei den Deutschnationalen, den Volksparteilern, den Grundbesitzern, den Völkischen? Die armen Schächer am Vorstandstisch? Kein Mensch kannte die Desingenten, verurteilt, den Jarresbloß in Hanseaten zu repräsentieren. Zerknirsch und geistige Impotenz ausstrahlend ließen sie ihre Köpfe hängen — derweil die Volksseele — wie der Völkische von Arnim im Vorbeigehen den Reichsbloß verspottete — am Haus her d'ochte.

Es lochte noch mehr! Der großfressige Lehrer Dühring persifolierte vor Mut daß er das Bekenntnis seines Urgermanentums vor diesem armseligen Häuflein ablegen mußte. Aber der ehemalige Reichstagskandidat der Freisinnigen Vereinerung bekam sein unverschämtes Mundwerk nicht umsonst in die Wiege gelegt. Er hat sich seit der festigen Kandidatenzeit prächtig ent-

Das deutsche Volk und seine Grundschule.

Dunkle Kräfte der Reaktion am Werk.

Der Zeitungsdienst des Deutschen Lehrervereins bringt über den Sturmangriff gewisser Kreise einen Artikel, der weiteste Verbreitung und Beachtung erheischt. Er deutet sich vollkommen mit unserer Auffassung und ist für Lübeck um so mehr von Interesse, als auch hier bereits in der letzten Bürgerchaftssitzung ein Vorstoß zum Abbau der Grundschule gemacht wurde. Dem Schullehrer Dr. Beremehren kam diese durchsichtige Anfrage nicht ungelegen. Er hofft, daß draußen im Reich der Bann, der über dieser „Armenischule“ für die Wohlhabenden liegt, gebrochen wird.

*

Als Deutschland in seinem alten Gefüge zusammengebrochen war, rettete es sich in der Erkenntnis seiner unlöslichen Gemeinschaft, die den deutschen Volksstaat schuf. Da kam die Zeit, daß die Frucht des Einheitsgedankens reifen wollte. Die Weimarer Verfassung bestimmte: „Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf.“ Das bedeutete über den organischen Aufbau unseres Schulwesens hinaus die innerliche Einheit, denn „in allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche Tätigkeit im Geiste des deutschen Volkstums zu erstreben.“ (Art. 148.) Eine Volksgemeinschaft schuf ihrer Jugend die einigende Schule. Aus ihrem Schoß, der jedes junge Glied des deutschen Volkes umfaßt, soll dem Tüchtigen die Bahn gebahnt sein. Beweise deine Kraft, junge Menschenseele! Ueber wirtschaftliche Mauern und ständische Hindernisse soll der Weg zur Höhe gehen! Das bedeutete die Festlegung der allen gemeinsamen Grundschule. Den Willen zur Tat bewies das am 28. April 1920 beschlossene „Gesetz, betreffend die Grundschulen und Aufhebung der Vorschulen“. Das bestimmte dann: „Die Volksschule ist in den vier untersten Jahrgängen als die für alle gemeinsame Grundschule, auf der sich das mittlere und höhere Schulwesen aufbaut, einzurichten. Die Grundschulen sollen unter voller Wahrung ihrer wesentlichen Aufgabe als Teile der Volksschule zugleich die ausreichende Vorbildung für den unmittelbaren Eintritt in eine mittlere oder höhere Lehranstalt gewährleisten.“ Das Gesetz läßt dann zu, daß die Landesbehörden die Grundschule um weitere Jahrgänge verlängern dürfen. Es hebt die Vorschule auf, auch die private, und gibt dafür Uebergangsbestimmungen, um Härten zu vermeiden. Es nimmt Stellung zum Privatunterricht für einzelne Kinder oder gemeinsamen Privatunterricht für Kinder mehrerer Familien, die sich zu diesem Zwecke zusammenschließen. Dieser „darf an Stelle des Besuchs der Grundschule nur ausnahmsweise in besonderen Fällen zugelassen werden“.

Das war die Welle der deutschen Schulgedanken. Bald folgte das Abfluten.

„Unsere Kinder können die gemeinsame Grundschule nicht besuchen.“ Warum nicht? Halten sie den Wettstreit mit den Kindern des Volkes nicht aus? — Im Gegenteil, „sie sind zu gut veranlagt“.

Das darf nun aber in solcher Verallgemeinerung bezweifelt werden, denn Hochbegabung quillt aus allen Schichten der Bevölkerung, nicht nur aus den besser gestellten Kreisen.

„Aber die Kinder verlieren ein Jahr, denn die Grundschule ist vierjährig und die Vorschule verlangte nur drei Jahre.“ — Haben die Eltern die Qualen und Mühen der Vorschuljahre schon vergessen? Die Heerei im Rechnen mit den Verwandlungen von Millimetern in Kilometer, Dezimalbruchrechnung unfeligen Angebens, mit der Paukerei in Grammatik! Wieviel Privatstunden sind erteilt worden, um die bedauernden Kinder durch das Befestigen der Vorschule zu bringen? Man gönne doch den

Kindern Ruhe in der Entwicklung! Was gründlich und ruhig erarbeitet worden ist, sieht auch fest. „Ja, aber ein Jahr wird verloren!“ — Es ist nicht so, es wird in diesem Jahr gearbeitet, die Kinder kommen reifer und arbeitsfähiger an die Arbeit der höheren Schule heran. „Ja, aber das verlorene Jahr kann wirtschaftlich nicht getragen werden.“ — Wer schickte denn seine Kinder in die Vorschule? 1. Der Reich, der könnte die Last also wohl tragen. 2. Der feineren Kind die Aufnahme in die höhere Schule sichern wollte, der es nicht der Gefahr aussetzte, den Wettstreit mit den Kindern aufzunehmen, die Aufnahmeprüfung zu bestehen. — Hat der Volksstaat Ursache, davon abzusehen, daß auch das Kind sich in seiner Gemeinschaft als tüchtig erweisen muß? Das Recht auf solche Ausnahmebehandlung enthält in sich das Unrecht, gegen alle andern unsozial zu sein.

„Die Grundschule kann aber nicht leisten, was eine kleine Privatschule meinem Kinde bieten kann!“ — Wäre es wirklich so, dann läge es ja daran, daß das Interesse und der Opferwille der bestehenden Klasse für die Schule fehlt, in der ihre Kinder nicht sind. Hätten erst alle Volksschulen gleich starkes Interesse an der Volksschule, so wäre es eine Lust, ihr Aufblühen zu sehen. Der Gesetzgeber sah all' diese Einwände voraus, darum gestattete er den Privatunterricht nur „ausnahmsweise in besonderen Fällen“.

Man weiß, in wie vielfacher Weise inzwischen die Grundschule von denen, die es sich leisten können, umgangen worden ist. Nun gehen die Grundschulgegner noch einen Schritt weiter und wollen das ganze verhasste Gesetz zu Fall bringen. Es werden im Reichstagsantrag gestellt, innerhalb der Grundschule Maßnahmen zu schaffen, daß begabte, körperlich und seelisch gesunde Schüler und Schülerinnen nach drei Jahren in die höhere Schule übertreten können. Wo ist der Parallelantrag für ein Springen in dem langen Zeitraum der neun Jahre in der höheren Schule? Wo bleibt die Fürsorge für die hochbegabten armen Kinder? Ein anderer Antrag fordert daß der gemeinsame Privatunterricht (Grundschulgesetz) grundsätzlich auch an Privatschulen erteilt werden darf. Dies wäre dann Volksschulunterricht an der Privatschule. Das widerspricht der Verfassung, die private Volksschulen nur als religiöse, oder weltanschauliche Minderheitsschulen zuläßt, nicht aber als Ersatz für öffentliche Volksschulen. Die treibenden Kräfte dieses „Schulstaubens“ sind unehrer als die Mächte des Rückschritts zu erkennen.

Was nach 1918 auf dem Gebiete der Schule geschaffen ist, erscheint ihnen als Folge der Revolution. Wie kann uns das (was doch aus vaterländischem und zugleich sozialem Sinn geboren ist) heut noch etwas frommen, da wir doch unser Haupt erheben können, ohne zu fürchten, daß die Augen der Spartakisten oder der Einbruch der Bolschewiken uns drohen? Es ist vergessen, daß der Volksstaat allen Gliedern dienen muß. Es wächst das Gefühl: Wir, die wir früher die Macht hatten, wir erringen sie wieder. Was uns recht schien, das wird wieder Recht, darum fort mit den Errungenschaften, fort mit den pädagogischen und sozialen Gedanken! Sie riechen nach Revolution. Fort mit der Grundschule! Lassen wir dem Ding seinen Namen, aber bauen wir unsern Kindern als Privatschule oder als Begabtenklasse ein anderes Haus. Was brauchen wir gemeinsame Erziehung? So steht es zurzeit um das deutsche Volk und seine Grundschule.

Wird man ihr das Sterbegeldchen läuten? Nur, wenn das Volk seine Ideale aufgibt, wenn es müde und gleichgültig beiseite stehen will, wenn es sich nicht gegen die Reaktion wehrt, die an der Klassenschiedung des Volkes arbeitet.

Das deutsche Volk soll wissen, daß es mit der Grundschule eines seiner Volksrechte zu verteidigen hat. Die Niederlage des Grundschulgesetzes ist eine Niederlage des Volkes.

Kindern Ruhe in der Entwicklung! Was gründlich und ruhig erarbeitet worden ist, sieht auch fest.

„Ja, aber ein Jahr wird verloren!“ — Es ist nicht so, es wird in diesem Jahr gearbeitet, die Kinder kommen reifer und arbeitsfähiger an die Arbeit der höheren Schule heran.

„Ja, aber das verlorene Jahr kann wirtschaftlich nicht getragen werden.“ — Wer schickte denn seine Kinder in die Vorschule? 1. Der Reich, der könnte die Last also wohl tragen. 2. Der feineren Kind die Aufnahme in die höhere Schule sichern wollte, der es nicht der Gefahr aussetzte, den Wettstreit mit den Kindern aufzunehmen, die Aufnahmeprüfung zu bestehen. — Hat der Volksstaat Ursache, davon abzusehen, daß auch das Kind sich in seiner Gemeinschaft als tüchtig erweisen muß? Das Recht auf solche Ausnahmebehandlung enthält in sich das Unrecht, gegen alle andern unsozial zu sein.

„Die Grundschule kann aber nicht leisten, was eine kleine Privatschule meinem Kinde bieten kann!“ — Wäre es wirklich so, dann läge es ja daran, daß das Interesse und der Opferwille der bestehenden Klasse für die Schule fehlt, in der ihre Kinder nicht sind. Hätten erst alle Volksschulen gleich starkes Interesse an der Volksschule, so wäre es eine Lust, ihr Aufblühen zu sehen. Der Gesetzgeber sah all' diese Einwände voraus, darum gestattete er den Privatunterricht nur „ausnahmsweise in besonderen Fällen“.

Man weiß, in wie vielfacher Weise inzwischen die Grundschule von denen, die es sich leisten können, umgangen worden ist. Nun gehen die Grundschulgegner noch einen Schritt weiter und wollen das ganze verhasste Gesetz zu Fall bringen. Es werden im Reichstagsantrag gestellt, innerhalb der Grundschule Maßnahmen zu schaffen, daß begabte, körperlich und seelisch gesunde Schüler und Schülerinnen nach drei Jahren in die höhere Schule übertreten können. Wo ist der Parallelantrag für ein Springen in dem langen Zeitraum der neun Jahre in der höheren Schule? Wo bleibt die Fürsorge für die hochbegabten armen Kinder? Ein anderer Antrag fordert daß der gemeinsame Privatunterricht (Grundschulgesetz) grundsätzlich auch an Privatschulen erteilt werden darf. Dies wäre dann Volksschulunterricht an der Privatschule. Das widerspricht der Verfassung, die private Volksschulen nur als religiöse, oder weltanschauliche Minderheitsschulen zuläßt, nicht aber als Ersatz für öffentliche Volksschulen. Die treibenden Kräfte dieses „Schulstaubens“ sind unehrer als die Mächte des Rückschritts zu erkennen.

Was nach 1918 auf dem Gebiete der Schule geschaffen ist, erscheint ihnen als Folge der Revolution. Wie kann uns das (was doch aus vaterländischem und zugleich sozialem Sinn geboren ist) heut noch etwas frommen, da wir doch unser Haupt erheben können, ohne zu fürchten, daß die Augen der Spartakisten oder der Einbruch der Bolschewiken uns drohen? Es ist vergessen, daß der Volksstaat allen Gliedern dienen muß. Es wächst das Gefühl: Wir, die wir früher die Macht hatten, wir erringen sie wieder. Was uns recht schien, das wird wieder Recht, darum fort mit den Errungenschaften, fort mit den pädagogischen und sozialen Gedanken! Sie riechen nach Revolution. Fort mit der Grundschule! Lassen wir dem Ding seinen Namen, aber bauen wir unsern Kindern als Privatschule oder als Begabtenklasse ein anderes Haus. Was brauchen wir gemeinsame Erziehung? So steht es zurzeit um das deutsche Volk und seine Grundschule.

Wird man ihr das Sterbegeldchen läuten? Nur, wenn das Volk seine Ideale aufgibt, wenn es müde und gleichgültig beiseite stehen will, wenn es sich nicht gegen die Reaktion wehrt, die an der Klassenschiedung des Volkes arbeitet.

Das deutsche Volk soll wissen, daß es mit der Grundschule eines seiner Volksrechte zu verteidigen hat. Die Niederlage des Grundschulgesetzes ist eine Niederlage des Volkes.

Die Verunsicherung und Lehrstellenvermittlung, Untertrave 104, Zimmer 10, schreibt uns: Die Zahl der für männliche Berufsanwärter in Frage kommenden offenen Lehrstellen und die Auswahl nach den einzelnen Berufen ist so groß, daß den Eltern der Eltern zur Schulentscheidung kommenden Knaben, die noch ohne Lehrstelle sind, dringend nahegelegt wird, sich baldmöglichst an die Berufsberatungsstelle zu wenden. Sie erhalten hier Rat und Auskunft und es können ihnen Vorschläge gemacht werden, falls über die Berufswahl noch kein Entschluß gefaßt ist. Sind die Berufswünsche mit der Eignung einigermaßen in Einklang zu bringen, so wird auch in den meisten Fällen eine geeignete Lehrstelle nachgewiesen werden können. Eltern, deren Verhältnisse es irgendwie gestatten, sollten ihren Kindern eine ordnungsmäßige Lehre ermöglichen. Sie bieten gegenüber einem ungeleiteten Beruf immer eine weit bessere Zukunft. Ein geleiteter Beruf bringt die notwendige Betätigung mit sich. Auch für solche jungen Leute, die bereits aus der Schule entlassen sind und noch eine Lehre eingehen wollen oder aus einem triftigen Grund ihren Beruf wechseln müssen, ist Gelegenheit gegeben, eine ihren Wünschen und ihrer Eignung entsprechende Lehrstelle zu erhalten. Mit Rücksicht darauf, daß Eltern vor der Tür steht, sollte die Frage der Berufswahl, wo sie noch nicht entschieden ist, baldmöglichst gelöst werden und sollten die Beteiligten sich umgehend vertrauensvoll an die Berufsberatungsstelle wenden.

Das schwarz-weiß-rote Frühlingsfest im Kolosseum. Der Jarres-Sput im Kolosseum. — Ein ungeheurer Reinfall des Reichsbloßes. — Jarres als völkischer Musterknecht.

Was das eine Blamage am Sonnabend! Ein hellerleuchteter Saal für 2000 Personen, der Eingang von Hasentanzjünglingen flankiert und — na, wir wollen weitherzig sein — von 250 Frühlingsfestlern besetzt. Davon ein guter Teil alter Lanten. Am Vorstandstisch die Vertreter des Reichsbloßes. Wer spielt denn in Lübeck die erste Geige bei den Deutschnationalen, den Volksparteilern, den Grundbesitzern, den Völkischen? Die armen Schächer am Vorstandstisch? Kein Mensch kannte die Desingenten, verurteilt, den Jarresbloß in Hanseaten zu repräsentieren. Zerknirsch und geistige Impotenz ausstrahlend ließen sie ihre Köpfe hängen — derweil die Volksseele — wie der Völkische von Arnim im Vorbeigehen den Reichsbloß verspottete — am Haus her d'ochte.

Es lochte noch mehr! Der großfressige Lehrer Dühring persifolierte vor Mut daß er das Bekenntnis seines Urgermanentums vor diesem armseligen Häuflein ablegen mußte. Aber der ehemalige Reichstagskandidat der Freisinnigen Vereinerung bekam sein unverschämtes Mundwerk nicht umsonst in die Wiege gelegt. Er hat sich seit der festigen Kandidatenzeit prächtig ent-

wickelt. Damals mußte er an derselben Stelle einem Gegner gestehen, daß er, eben Herr Dühring, politisch nicht so aufgeklärt sei, wie man es von einem Reichstagskandidaten erwarten dürfe. Er ist mittlerweile zwar nicht schlauer, aber geriebener geworden. Herr Dühring, der deutschnationaler Jugendbildner, hält es jetzt mit jenem Leichenprediger, der den ins Grab fallenden Sonnenschein als Gnabe Gottes für den Verstorbenen auslegte und der acht Tage später Gottes Trauer für einen anderen Tagingsgeschiedenen mit den vorbeiziehenden düsteren Wolken verglich.

Dühring tröstete sich und die Anwesenden damit, daß bei der Reichspräsidentenwahl die Stimmen nicht gezählt, sondern gewogen würden und befristigte diese Weisheit fünf Minuten später mit dem Satz, daß noch in keiner Zeit so gelogen worden sei wie gegenwärtig. Diese Selbstverpottung über der hochgradig überpannte Herr denn auch in seiner Referatsehndebellrede mit vollem Erfolg. Er benutzte sein angestemtes Talent ausgiebig zu gemeinen Verleumdungen des verstorbenen Reichspräsidenten und der Sozialdemokratie. Er, Dühring, der große Mann, kann es heute noch nicht überwinden, daß der schwache Abglanz des deutschen Volkes das Reichsoberhaupt selbst wählen darf, daß Parlamentarismus und Demokratie, das Volk, die Masse, die Straße, entscheiden soll. Ist das eine Volksgemeinschaft? Nein, die wahre Volksgemeinschaft bilden nur Deutschnationale, Völkische, Volksparteiler. Diese sollen entscheiden, das ist das erleuchtete Volk, dessen wahre Helden sich schämten, ihren Namen herzugeben und in der Versammlung den Schwindeldloß zu repräsentieren.

Noch ein Einschleißel: Herr Lehrer Dühring hat der Behörde gegenüber in Rede gestellt, in einer Schönberger Versammlung sich verächtlich über den Reichspräsidenten ausgelassen zu haben. Wer die Neuherungen dieses Schwadronenars am Sonnabend über den verstorbenen Genossen Ebert gehört hat, der muß sich wundern über die Kühnheit, mit der Dühring seinen Reinwaschungsversuch amtlich abtattete.

Das Geschwätz Dührings wurde übertroffen von dem Mecklenburger Nationalsozialisten Schröder. Derselben Geistes, der in der Reichstagsitzung am Mittwoch von unserem Genossen Müller-Franken so grandios abgetroddelt wurde. Müller bezeichnete diesen völkischen Rechtsanwalt als politischen Säugling und den Beweis für diese Sigmatisierung gab Schröder im Kolosseum bedenkenlos. Daß sich so etwas noch öffentlich bemerkbar machen darf, kennzeichnet die politische Ignoranz des Bürgertums. Diese völkische Größe erster Ordnung schwafelte über Politik und Wirtschaft einen Unsinn zum Gott-erbarmen zusammen. Sein Glaubensbekenntnis konzentriert sich so: die bisher geführte Wirtschaft war eine Schandwirtschaft; stand unter marxistischem Sozialismus mit kommunistischem Einschlag; die Wirtschaft muß individualisiert, die Steuern — der Industrie — müssen abgebaut werden. Die innere Verfassung ist im Sinne Bismarcks zu revidieren, die christliche Lehre zu verbreiten. Jarres, unser gemeinsamer Kandidat, wird das alles machen, denn er ist Fleiß von reinem Fleiß! Zwar gelingt ihm in den nächsten sieben Jahren noch nicht alles was wir von ihm fordern, aber den Grundloß zum neuen Kaiserium wird er legen.

So sieht der Reichsbloß aus. Die Dühring und Schröder sind seine Wortkatheten in der hanseatischen Republik. Sie schrien sich heiser, versprachen die Größe, ehe eine Stunde verging. Waren nach ihrem Wutausbruch ebenso ratiös wie die topfhängereischen Vorstandsmittelglieder des Reichsbloßes. Wer erbarmt sich ihrer?

Zum Zeichen der Trauer war das Rednerpult schwarz umhängt. Ein böses Zeichen für die Donquichotien und ihre Auftraggeber.

Warum sinken die Preise nicht?

Die Ueberfüllung im Lübecker Handel.

Der Direktor des Statistischen Landesamtes, Dr. Hartwig, veröffentlicht in den Mitteilungen der Handelskammer interessantes statistisches Material über die ungeheure Zunahme der Handelsfirmen und des Handelsgewerbes. Er schließt aus der Tatsache, daß im Jahre 1914 auf eine eingetragene Firma 103 Einwohner, Anfang 1925 aber nur noch 69 kamen, dieser Konkurrenzkampf dem Publikum keinen Vorteil gebracht habe. Der übermäßigen Vermehrung der am Warenhandel beteiligten Personen sei es sicher mit zuzuschreiben, wenn die Preise nicht gefallen, sondern gestiegen seien.

Mit dieser Feststellung begegnen wir einer Tatsache, die die Genossenschaften schon hundertmal betont hatten, und die das alte Philistergeschwafel vom freien Spiel der Kräfte totschlägt. Die vielen so gut wie unproduktiven Personen im ausgedehnten Zwischenhandel wollen, wie der Verfasser sagt, ihr

Entkommen haben, sie bedeuten eine durchaus ungesunde Entlastung unserer Wirtschaft, die sich erst bessert, wenn alle überflüssigen und schädlich wirkenden Elemente ausgestoßen werden.

Gewiß, auch ein konzentrierter Handel kann die Preise lockern, wenn Gegenkräfte fehlen, aber diese sind doch bereits in den Genossenschaften vorhanden. Die Verbraucher müssen den Vorteil nur auszunutzen verstehen. Das Bild, das Dr. Hartwig oben bietet, wäre noch ungünstiger, wenn die Zusammenfassung der im Konsumverein liegenden Handelskraft nicht einschränkend wirkte. Die Genossenschaften regeln ihren Abgabekreis nach dem Bedürfnis und nicht nach der Spekulation. Sie errichten nur dann eine Abgabestelle, wenn mindestens 200 Familien in Frage kommen. Nach der obigen Darstellung kommen auf ein Handelsunternehmen aber nur 69 Einwohner. Selbstverständlich sind in der Statistik Dr. Hartwigs alle Unternehmungen jeglicher Art inbegriffen. Aber unser Vergleich zeigt den ungesunden Zustand noch deutlicher.

Die Handelskammer veröffentlicht in derselben Nummer einen Artikel über den Abbau notwendiger Gesetgebung und reitet dabei mit dem billigen Argument, daß der freie Markt der beste Preisregulator sei. Nach Dr. Hartwigs Statistik ist hier ein Widerspruch, den die Handelskammer den Weltmarktpreisen und nach bequemer oft wiederholter Manieren den hohen Steuern und teuren Frachten zuschiebt. Selbstverständlich reden wir einer Unterbindung der freien Wirtschaft nicht im entferntesten das Wort, aber wir weisen mit besonderer Nachdruck darauf hin, daß es die Bevölkerung in der Hand hat, durch Verbraucherzusammenschluß das Ungesunde rascher auszuschleiden und durch gesteigerte Kaufkraft, die in der Gemeinschaft liegt, preisverbilligend zu wirken.

*

Und nun noch einige Zahlen aus der Statistik Dr. Hartwigs: 1914 zählte die Stadt Lübeck innerhalb ihrer heutigen Grenzen 115 170 Einwohner. Ende 1924 waren es 123 795, d. h. 8625 oder 7,50 Proz. mehr. Die Zahl der in das hiesige Handelsregister Abt. A eingetragenen Handelsfirmen (Einzelfirmen, offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften) betrug zu denselben Zeitpunkten 1916 und 1474; das ist eine beträchtliche Zunahme, nämlich um 458 oder 45 Proz. Noch stärker vermehrt hat sich die unpersonlichen Handelsgesellschaften. Im Handelsregister Abt. B waren eingetragen: Aktiengesellschaften (1914: 31, 1924: 74); Gesellschaften m. b. H. (1914: 70, 1924: 248). Die Zahl der Aktiengesellschaften steigt also seit der Zeit vor dem Kriege um 43 oder 139 Proz. und die der Gesellschaften mit beschränkter Haftung gar um 178 oder 254 Proz. Die meisten Neureisetzungen entfallen auf die Jahre 1919 (das erste Jahr nach Friedensschluß) und 1923 (das berichtigte Inflationsjahr); einigermassen überraschend ist es, daß in dem so schwierigen Jahre 1924 noch ein Neuzugang von 88 Firmen möglich war.

Interessant sind die Ausführungen über die Gewerbeanmeldungen. Sie betragen:

	insgesamt	davon für den Handel
1912:	867	454
1913:	755	416
1918:	854	416
1919:	1649	1036
1920:	1334	843
1921:	941	607
1922:	873	720
1923:	1043	740

Die Ergebnisse von 1924 liegen noch nicht vor.

Auch diese Zahlen erweisen, daß der Handel in allen seinen Zweigen in den letzten sechs Jahren einen starken Zulauf hatte: fast rund 400 bis 450 Anmeldungen in der Vorkriegszeit erfolgten über bis über 1000 im Jahr. Der Kreis der sogenannten Kleinhändler hat sich ebenso wie die der Großhändler gegen früher in ungemäßigtem Maße erweitert. Was erhellt aus alledem? fragt Dr. Hartwig.

Die Bevölkerung wuchs in den letzten elf Jahren nur wenig, und ihre Kaufkraft sank beträchtlich so erheblich, daß unsere Einwohnerzahl trotz geringerer Kopfzahl zweifellos im Jahre 1914 kaufkräftiger war als es heute ist. Die Zahl der Handel betreibenden Personen und Geschäfte aber nahm erheblich zu, und so muß sich heute eine größere Zahl von Händen in einen kleiner gewordenen Umsatz teilen.

Konkurse wurden

	1922	1923	1924
beantragt	14	5	43
eröffnet	5	1	28

und Geschäftsaufsichten

	1922	1923	1924
beantragt	—	1	30
angewiesen	—	1	22

Die Buchstabenbezeichnungen der Kraftfahrzeuge.

Jeder Kraftwagen, jedes Auto hat außer seiner Wagennummer noch eine Buchstabenbezeichnung, die sein Herkunftsland anzeigt. Da über diese Zeichen vielfach Unklarheit im Publikum herrscht, sei darüber folgendes mitgeteilt: Zum Unterchied der Wagennummern, die in arabischen Ziffern wiedergegeben werden, führen die sogenannten Landesstaaten - Zeichen nur römische Ziffern. Und zwar Preußen: I, Bayern: II, Württemberg: III, Baden: IV B (für den ganzen Freistaat), Hessen V (VO Oberhessen, VR Rheinhesen, VS Starkenburg), Mecklenburg-Schwerin: M I, Mecklenburg-Strelitz: M II, Thüringen: Th, Oldenburg: O (O I Land, O II Landesteil Lübeck, O III Landesteil Birkenfeld), Braunschweig: B, Anhalt: A, Waldeck: W, Schaumburg-Lippe: SL, Hansestädte: Hamburg: HH, Bremen: HB, Lübeck: HL. Sachsen trägt römische Nummern, und zwar Kreisamtmannschaft Saagen: I, Dresden: II, Leipzig: III, Chemnitz: IV und Zwickau: V. Württemberg hat seinen 12 Oberämtern außer der römischen III noch die Buchstaben A, Stadt Stuttgart: G, D, E, H, K, M, P, U, T, X, Y, Z angehängt. Weidlich ist es auch in Bayern und in Preußen. Bayern: die römische II und außerdem Buchstaben, und zwar München: II A, Oberbayern: II B, Niederbayern: II C, Pfalz: II D, Oberpfalz: II E, Oberfranken: II H, Stadt Nürnberg: II N, Mittelfranken: II S, Unterfranken: II U, Schwaben-Land: II Z. Preußen: die römische Ziffer I und außerdem als Unterscheid für die verschiedenen Provinzen einen Buchstaben, und zwar: Berlin: I A, Grenzmark (Marienwerder und Schneidemühl): I B, Ostpreußen: I C, Brandenburg: I E, Pommern: I H, Schlesien: I K, Sigmaringen: I L, Provinz Sachsen: I M, Schleswig-Holstein: I P, Danzow: I S, Heine-Roman: I T, Westfalen: I X und schließlich Rheinland: I Z. Die deutschen Kraftfahrzeuge führen in der Regel noch ein großes Schild das internationale Zeichen D. Die der Wehrmacht angehörenden Wagen führen das Zeichen RW, während die der Reichswehr das Zeichen RP tragen.

Die Kinos klagen über ihre Not!

Der Staat soll helfen.

Wir haben in Lübeck nicht weniger als sieben Kinos. Da kann man sich denken, daß der Kampf um die Erlöse etwas Anstrengung erfordert. Dieser geschäftlichen Anstrengung um Kundenzugang muß sich auch noch andere unterwerfen. Die Kinobesitzer aber können nach Staatshilfe, drohen mit Schließung ihrer Betriebe, Entlassung der Angestellten. Die hinter den Kinobesitzern stehenden Verbände würden mitmachen, falls der Staat die Belegungssteuer nicht sofort abbaut. Es wird auf eine

Nicht Dein Nachbar

der sich nicht darum kümmert, ob Euer Betrieb schon eine neue Betriebsvertretung hat, ist schuld daran, daß der Arbeitgeber mit Euch machen kann, was er will;

Du selbst

mußt Dich um das Zustandekommen der Vertretung bemühen. Du mußt Dich selbst aufstellen lassen, wenn die andern sich weigern. Du

bist verantwortlich

für alle Nachteile, die Dir durch das Fehlen der Betriebsvertretung entstehen können. Darum

fort mit der Gleichgültigkeit! Sorge sofort für die Wahl der Betriebsvertretung!

Wahltag ist der 31. März.

Jeder erfülle seine Pflicht!

Reihe Städte verwiesen, in denen nur 15 Prozent Vergünstigungssteuer bezahlt werden müssen. In Lübeck werden 35 Prozent erhoben. Das ist natürlich ein gewaltiger Unterschied und es ist auch eine Vorlage für eine Ermäßigung der Steuer im Fluß. Das wissen die Kinobesitzer. Trotzdem versuchen sie jetzt einen Druck auf Senat und Bürgerschaft auszuüben. Wenn das Noth werden soll, dann können wir ja noch allerschwerd erleben.

Wenn auch eine Ermäßigung der Steuer notwendig ist, so muß aber doch gesagt werden, daß es nicht Aufgabe des Staates ist, in den Konkurrenzkampf einer Ueberzahl von Kinos durch Gewährung besonderer Vergünstigungen einzugreifen. Die Klagen der Kinobesitzer haben ja völlig daneben. Was geht es den Staat an, wenn ein Kino das andere durch Anschaffung übermäßig teurer Filme aus dem Felde schlagen will? Da mögen sich die Kinobesitzer zuerst gegen ihre Lieferanten wenden, hinter denen die großen Konzerne stehen. Der hier auf den Staat ausgeübte Druck scheint dorthin zu kommen. Aber statt gegen die eigentlichen Unterdrücker vorzugehen, verbindet man sich mit ihnen.

Und dann noch eines: Ist denn die Garantie dafür gegeben, daß eine Steuerermäßigung — wir wiederholen: sie ist angebracht — den Besuchern restlos zugute kommt?

Wie gesagt, der Weg, der hier eingeschlagen wird, ist abwegig und wer den größten Schaden haben wird, wird sich bald herausstellen.

Aber der Druck auf den Staat genügt einzelnen Kinobesitzern nicht. Sie versuchen jetzt auch einen Druck auf die Zeitungen auszuüben und fordern einen Anzeigenrabatt bis zu 40 Prozent. Nur um überzählige Kinos am Leben zu erhalten, verucht man auch hier ein besonderes Geschäft zu machen. Die Herren müssen doch wissen, daß hoher Rabatt nur dort gewährt werden kann, wo die Preise überpannt sind. Mit terroristischen Mitteln werden die Herren aber kein Glück haben. Wollen sie es auch hier auf einen Kampf antommen lassen?

Partei-Nachrichten

Sozialdemokratischer Verein Lübeck
 Sekretariat: Johannisstraße 48, I. Telefon 2428
 Ehrenkassen:
 11-1 Uhr und 4-7 Uhr Sonnabends nachmittags geschlossen

11. Distrikt, Dienstag, den 24. März, abends 7 1/2 Uhr Distriktmitgliederversammlung im Lokale „Loutentul“, Eichenburgstraße. Redner: Gen. A. Weiß.

Proletarischer Sprechchor. Nächste Uebungstunde am Mittwoch, dem 25. März um 7 1/2 Uhr abends im Jugendheim (Königsstraße). Um pünktliches und vollständiges Erscheinen wird gebeten!

Arbeiter-Liederbuch für Massengefang. Preis 10 Pf. In beziehen durch die Buchhandlung „Lübecker Volksbote“.

Kreisverband Schwarz-Rot-Grün
 Bureau: Johannisstraße 61 L.
 Sekretariat von 6 bis 7 Uhr nachmittags
 Stadtkeller. Mittwoch abend, 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal.

Filmschau.

wb. Stadthallen-Lichtspiele. Die Liebesbriefe der Baronin von S... Ein Ma-Ma-Film. Sie spielt die Gattin eines reichen Grundbesizers, der nur für seine Werke und für die Landwirtschaft lebt und strebt. Als ihre einzige Tochter sich verheiratet hat, fühlt sie sich ganz einam. Ein italienischer Straßengeiger, der von der Dienerschaft bewirtet wird, rührt das Herz der armen Frau. Schließlich reißt sie mit dem Insten ihres Gemahls zur Erholung nach Italien. Dort sieht sie den armen jungen Geiger wieder, nimmt sich seiner an, liebt ihn ein und läßt ihn etwas vom Leben der Welt fühlen. Leider auch das vom Spiel. Es entspinnt sich ein Briefwechsel. Das heißt die Baronin findet jeden Morgen einen Liebesbrief von dem jungen Geiger, erwidert ihn aber nur für ihren Schreibtisch. Sie reißt wieder heim und übergibt dem jungen Mann beim Abschied ihre Briefe. Nun kommt sie mit ihrem Mann wieder in Kontakt, bezieht mit ihm später Italien, sieht den Geiger wieder, der inzwischen durch das Zusammenleben mit einer Kokotte heruntergekommen war und in einer elenden Hütte haust. Es kommen allerlei Vermutungen. Der Geiger will die Liebhaft erneuern. Die Baronin lehnt ab. Es kommt zur Scheidung und zum Schluß bekommt die blonde Signora ihre Briefe zurück. Ihr Mann verbrennt sie ungelesen, als die Tochter auf Besuch kommt. Der Film bringt prächtige Landschaftsbilder aus Italien, vor allem von der Riviera und vom Gardasee. Die Darsteller sind ausgezeichnet. Ein zweiter amerikanischer Film behandelt das Thema: „Wie erziehe ich meine Frau?“ Der Inhalt ist sehr düstern und es kommt darauf hinaus, daß die Frau mehr den Mann erzieht. Die Deutsche Wochenchau bringt bemerkenswerte Ausnahmen aus aller Welt.

Im Sankt-Theater läuft der große historische Schauspiel Quo vadis noch bis zum Donnerstag.

Angrenzende Gebiete.

Mecklenburg.

Schwerin. Wiedereinführung der Prügelstrafe. Der erste Unterrichtsminister im Freistaate Mecklenburg hatte die Prügelstrafe aus den Schulen verboten. Die mecklenburgische Lehrerschaft hat sich doch nicht daran gewöhnen können, auf dies veraltete Recht eines Bittels zu verzichten. Nun hat sich auch die Fachorganisation der Lehrerschaft, der Landeslehrerverein, wenn auch nur mit knapper Mehrheit, für die Wiedereinführung des Züchtigungsrechtes ausgesprochen. Solche Wünsche werden in Mecklenburg leicht erfüllt! In diesen Tagen ist im Hauptauschuß ein deutschnationaler Antrag angenommen worden, dem die Volkspartei und die Wölkischen zugestimmt haben, daß das Verbot der körperlichen Züchtigung wieder aufgehoben sei. Die Lehrer Mecklenburgs werden künftig wieder den Babel schwingen können, denn ein Zweifel darüber, daß die Junfermannsche Brandstein mit dem Kultusminister Pastor Stammer diesen Wunsch der Regierungsparteien unverzüglich auf dem Wege der Verordnung erfüllen wird, besteht nach den gemachten Erfahrungen nicht. — Bei den Junkern ist das nicht anders.

Moskau. Ein Weibsteufler. Wie feinerzeit berichtet, wurde am 6. Dezember v. Js. auf dem Wege von Warnemünde nach Friedrichshagen das aus Berlin stammende stellungslasse Dienstmädchen Pauline Spielmann ermordet. Nachdem sich der Verdacht gegen verschiedene Personen nicht bestätigte, nahm man das in Delmenhorst beschäftigte Dienstmädchen Verita Laifse fest, das mit der Spielmann bekannt und vor der Tat in Gesellschaft der Ermordeten gesehen worden war. Jetzt hat die Wasse ein umfangreiches Geständnis abgelegt. Unter dem Vorgeben, ihr eine Stelle beschaffen zu können, hat sie die Spielmann an den Tatort gelockt und mit einem Beil erschlagen. Als Beweismittel gibt die Wasse an, daß sie wegen Diebstahls strafbriichtlich verurteilt sei und sich best als die Wapere eines ihr gleichalten Mädchens habe verschaffen wollen. Schon im November 1924 hatte die Wasse ein Rottöder Mädchen zu einer Reise nach Hamburg verurteilt, aber nicht die Gelegenheit gefunden, dieses Mädchen zu bestrafen. Die Wasse ist ferner geständig, am 27. November v. Js. in Güstrow ein Mädchen namens Böttche, mit dem Beil überfallen und schließlich in eine Jauchegrube geworfen zu haben, aus der das Mädchen noch lebend gerettet werden konnte. Auch hier war es der Wasse lediglich um die Erlangung der Wapere zu tun.

Gewerkschaften.

Die Arbeitslosen-Zählung des Deutschen Bauergewerksbundes für den Monat Februar ergab 301 936 Mitglieder. Davon waren 22,83 Proz. erwerbslos. Gegenüber dem Monat Januar ergibt sich eine gewisse Besserung, da die Zählung für Januar bei 299 624 Mitgliedern eine Arbeitslosigkeit von 24,86 Proz. ergab. In den Bezirken Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg, Hannover und im Freistaat Baden hat die Arbeitslosigkeit zugenommen. In Ostpreußen z. B. ergab die Zählung 11 066 Bauergewerksbundsmitglieder, von denen rund 71,9 Proz. arbeitslos waren. Am niedrigsten ist die Arbeitslosenziffer in der Provinz Hannover. Hier wurden 18 600 Mitglieder von der Zählung erfasst. Arbeitslos waren 2,8 Proz.

Aus dem „Arbeiterparadies“ Sowjetrußland. Vor dem Zolltarifausschuß des Reichswirtschaftsrats finden zurzeit die Verhandlungen über den künftigen Zolltarif statt. Kürzlich wurden u. a. die Sachverständigen für die Papierholzindustrie vom Ausschuß gehört. Interessant war, was einer der kompetentesten Vertreter dieser Industrie u. a. in bezug auf Sowjetrußland ausführte. Danach war Rußland schon vor dem Kriege

DAS SPRUNGBRETT
 ZUM ERFOLG
 IST UND BLEIBT
 REKLAME

ALA ANZEIGEN AG
 LÜBECK, MARKT 16, I.

Arbeitslosen haben, sie bedeuten eine durchaus ungesunde Entwicklung unserer Wirtschaft, die sich erst bessert, wenn alle überflüssigen und schädlich wirkenden Elemente ausgekostet werden.

Gewiß, auch ein konzentrierter Handel kann die Preise halten, wenn Gegenkräfte fehlen, aber diese sind doch bereits in den Genossenschaften vorhanden. Die Verbraucher müssen den Vorteil nur auszunutzen verstehen. Das Bild, das Dr. Hartwig oben bietet, wäre noch ungünstiger, wenn die Zusammenfassung der im Konsumverein liegenden Handelsträfte nicht einschränkend wirkte. Die Genossenschaften regeln ihren Abgabekreis nach dem Bedürfnis und nicht nach der Spekulation. Sie errichten nur dann eine Abgabestelle, wenn mindestens 200 Familien in Frage kommen. Nach der obigen Darstellung kommen auf ein Handelsunternehmen aber nur 69 Einwohner. Selbstverständlich sind in der Statistik Dr. Hartwigs alle Unternehmungen jeglicher Art inbegriffen. Aber unser Vergleich zeigt den ungeunden Zustand noch deutlicher.

Die Handelskammer veröffentlicht in derselben Nummer einen Artikel über den Abbau notwendiger Geschäftsbetriebe und reitet dabei mit dem billigen Argument, daß der freie Markt der beste Preisregulator sei. Nach Dr. Hartwigs Statistik ist hier ein Widerspruch, den die Handelskammer den Weltmarktpreisen und nach bequemer oft wiederholter Manier den hohen Steuern und teuren Frachten zuschiebt. Selbstverständlich reden wir einer Unterbindung der freien Wirtschaft nicht im entferntesten das Wort, aber wir weisen mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß es die Bevölkerung in der Hand hat, durch Verbraucherszusammenschluß das Ungeunde rascher auszuschneiden und durch gesteigerte Kaufkraft, die in der Gemeinsamkeit liegt, preisverbilligend zu wirken.

*

Und nun noch einige Zahlen aus der Statistik Dr. Hartwigs: 1914 zählte die Stadt Lübeck innerhalb ihrer heutigen Grenzen 115 170 Einwohner. Ende 1924 waren es 123 795, d. h. 8625 oder 7,50 Proz. mehr. Die Zahl der in das hiesige Handelsregister Wdt. eingetragen sind Firmen (Einzelfirmen, offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften) betrug zu denselben Zeitpunkten 1916 und 1924; das ist eine beträchtliche Zunahme, nämlich um 458 oder 45 Proz. Noch stärker vermehrt hat sich die unpersonlichen Handelsgesellschaften. Im Handelsregister Wdt. S waren eingetragen: Aktiengesellschaften (1914) 31, (1924) 74; Gesellschaften m. b. H. (1914) 70, (1924) 248. Die Zahl der Aktiengesellschaften liegt also seit der Zeit vor dem Kriege um 43 oder 139 Proz. und die der Gesellschaften mit beschränkter Haftung gar um 178 oder 254 Proz.

Die meisten Mehrtragungen entfallen auf die Jahre 1919 (das erste Jahr nach Friedensschluß) und 1922 (das berichtigte Inflationsjahr); einigermaßen überraschend ist es, daß in dem so schwierigen Jahre 1924 noch ein Mehrzugang von 88 Firmen möglich war.

Interessant sind die Ausführungen über die Gewerbebeantragungen. Sie betragen:

	insgesamt	davon für den Handel
1912:	867	454
1913:	755	416
1918:	854	416
1919:	1649	1036
1920:	1334	843
1921:	941	607
1922:	973	720
1923:	1043	740

Die Ergebnisse von 1924 liegen noch nicht vor.

Auch diese Zahlen erweisen, daß der Handel in allen seinen Zweigen in den letzten sechs Jahren einen starken Zulauf hatte: fast rund 400 bis 450 Anmeldungen in der Vorbereitungszeit erfolgten ihrer bis über 1000 im Jahr. Der Kreis der sogenannten Wiedereinsteiger hat sich ebenso wie die der Wollkaufleute gegen früher in ungewöhnlichem Maße erweitert.

Was erhellt aus alledem? fragt Dr. Hartwig. Die Bevölkerung wuchs in den letzten elf Jahren nur wenig, und ihre Kaufkraft ist bekanntlich so erheblich, daß unsere Einwohnerzahl trotz geringerer Kopfzahl zweifelslos im Jahre 1914 kaufkräftiger war als es heute ist. Die Zahl der Handel betreibenden Personen und Geschäfte aber nahm erheblich zu, und so muß sich heute eine größere Zahl von Händen in einen kleiner gewordenen Umlauf teilen.

Konkurse wurden

	1922	1923	1924
beantragt	14	5	43
eröffnet	5	1	28

und Geschäftsaussichten

	1922	1923	1924
beantragt	—	1	30
angeordnet	—	1	22

Die Buchstabenbezeichnungen der Kraftfahrzeuge.

Jeder Kraftwagen jedes Auto hat außer seiner Wagennummer noch eine Buchstabenbezeichnung, die sein Herkunftsland anzeigt. Da über diese Zeichen vielfach Unklarheit im Publikum herrscht, sei darüber folgendes mitgeteilt: Zum Unterschied der Wagennummern, die in arabischen Ziffern wiedergegeben werden, führen die sogenannten Landesstaaten Zeichen nur römische Ziffern. Und zwar Pruzen: I, Bayern: II, Württemberg: III, Baden: IV B (für den ganzen Freistaat), Hessen V (VO Oberhessen, VR Rheinhessen, VS Starkenburg), Mecklenburg-Schwerin: M I, Mecklenburg-Strelitz: M II, Thüringen: Th, Oldenburg: O (O I Land, O II Landesteil Lübeck, O III Landesteil Birkenfeld), Braunschweig: B, Anhalt: A, Württemberg: W, Schaumburg-Lippe: SL, Hansestädte: Hamburg: HH, Bremen: HB, Lübeck: HL. Sachsen trägt römische Nummern, und zwar Kreisamtmannschaft Sachsen: I, Dresden: II, Leipzig: III, Chemnitz: IV und Zwickau: V. Württemberg hat keinen 12 Oberämtern außer der römischen III noch die Buchstaben A, Stadt Stuttgart: G, D, E, H, K, M, P, U, T, X, Y, Z angehängt. Ähnlich ist es auch in Bayern und in Preußen. Bayern: die römische II und außerdem Buchstaben, und zwar München: II A, Oberbayern: II B, Niederbayern: II C, Pfalz: II D, Oberpfalz: II E, Oberfranken: II H, Stadt Nürnberg: II N, Mittelfranken: II S, Unterfranken: II U, Schwaben-Neuburg: II Z. Preußen: die römische Ziffer I und außerdem als Unterschied für die verschiedenen Provinzen einen Buchstaben, und zwar: Berlin: I A, Grenzmark (Merkenwerder und Schneidemühl): I B, Ostpreußen: I C, Brandenburg: I E, Pommern: I H, Schlesien: I K, Sigmaringen: I L, Provinz Sachsen: I K, Schleswig-Holstein: I P, Hannover: I S, Heine-Rhein: I T, Westfalen: I X und schließlich Rheinland: I Z. Die deutschen Kraftfahrzeuge führen in der Regel noch auf einem Schilde das internationale Zeichen D. Die der Wehrmacht angehörenden Wagen führen das Zeichen RW, während die der Reichswehr das Zeichen RP tragen.

Die Kinos klagen über ihre Rolle

Der Staat soll helfen. Wir haben in Lübeck nicht weniger als 116 Kinos. Da kann man sich denken, daß der Kampf um die Existenz etwas Anstrengung erfordert. Dieser geschäftlichen Anstrengung um Kundengewinn muß sich auch manch anderer unterwerfen. Die Kinobesitzer aber klagen nach Staatshilfe, drohen mit Schließung ihrer Betriebe, Entlassung der Angestellten. Die hinter den Kinobesitzern stehenden Verbände würden mitmachen, falls der Staat die Vergünstigungen nicht sofort abbaut. Es wird auf eine

Nicht Dein Nachbar

der sich nicht darum kümmert, ob Euer Betrieb schon eine neue Betriebsvertretung hat, ist schuld daran, daß der Arbeitgeber mit Euch machen kann, was er will;

Du selbst

mußt Dich um das Zustandekommen der Vertretung bemühen. Du mußt Dich selbst aufstellen lassen, wenn die andern sich weigern. Du

bist verantwortlich

für alle Nachteile, die Dir durch das Fehlen der Betriebsvertretung entstehen können. Darum

für die Wahl der Betriebsvertretung!

Wahltag ist der 31. März. Jeder erfülle seine Pflicht!

Reihe Städte verweisen, in denen nur 15 Prozent Vergünstigungssteuer bezahlt werden müssen. In Lübeck werden 35 Prozent erhoben. Das ist natürlich ein gewaltiger Unterschied und es ist auch eine Vorlage für eine Ermäßigung der Steuer im Fluß. Das wissen die Kinobesitzer. Trotzdem versuchen sie jetzt einen Druck auf Senat und Bürgerschaft auszuüben. Wenn das Wode werden soll, dann können wir ja noch allerhand erleben.

Wenn auch eine Ermäßigung der Steuer notwendig ist, so muß aber doch gesagt werden, daß es nicht Aufgabe des Staates ist, in den Konkurrenzkampf einer Überzahl von Kinos durch Gewährung besonderer Vergünstigungen einzugreifen. Die Klagen der Kinobesitzer haben ja völlig daneben. Was geht es den Staat an, wenn ein Kino das andere durch Anschaffung übermäßig teurer Filme aus dem Felde schlagen will? Da mögen sich die Kinoherrn zuerst gegen ihre Lieferanten wenden, hinter denen die großen Konzerne stehen. Der hier auf den Staat ausgeübte Druck scheint dorthin zu kommen. Aber statt gegen die eigentlichen Unterdrücker vorzugehen, verbindet man sich mit ihnen.

Und dann noch eines: Ist denn die Garantie dafür gegeben, daß eine Steuerermäßigung — wir wiederholen: sie ist angebracht — den Besuchern rechtlos zugute kommt?

Wie gesagt, der Weg, der hier eingeschlagen wird, ist abwegig und vor den größten Schäden haben wird, wird sich bald herausstellen.

Aber der Druck auf den Staat genügt einzelnen Kinobesitzern nicht. Sie versuchen jetzt auch einen Druck auf die Zeitungen auszuüben und fordern einen Anzeigentarif bis zu 40 Prozent. Nur um überzählige Kinos am Leben zu erhalten, versucht man auch hier ein besonderes Geschäft zu machen. Die Herren möchten doch wissen, daß hoher Rabatt nur dort gewährt werden kann, wo die Preise überspannt sind. Mit derartigen Mitteln werden die Herren aber kein Glück haben. Wollen sie es auch hier auf einen Kampf antommen lassen?

Partei-Nachrichten

Sozialdemokratischer Verein Lübeck
Sekretariat Johannisstr. 43 L. Telefon 2443
Sprechstunden: 11-1 Uhr und 4-1 Uhr Sonnabends nachmittags geschlossen

11. Distrikt, Dienstag, den 24. März, abends 7 1/2 Uhr
Distriktsmitgliederversammlung im Lokale „Loulisenlust“, Eichenburgstraße. Redner: Gen. A. Weiß.

Proletarisches Sprechchor. Nächste Übungsstunde am Mittwoch, dem 25. März um 7 1/2 Uhr abends im Jugendheim (Königsstraße). Um pünktliches und vollständiges Erscheinen wird gebeten!

Arbeiter-Liederbuch für Massengesang. Preis 10 Pfg. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Lübecker Volksbote“.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Weiß
Bureau: Johannisstraße 43 L.
Sprechstunde von 6 bis 7 Uhr nachmittags
Stockelbors. Mittwoch abends, 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal.

Filmchau.

wb. Stadthallen-Vorführspiele. Die Liebesbriefe der Baronia von S... Ein Mia-Ma-Film. Sie spielt die Gattin eines reichen Grundbesizers, der nur für seine Berde und für die Verantwortung lebt und strebt. Als ihre einzige Tochter sich verheiratet hat, fühlt sie sich ganz einam. Ein italienischer Straßengeiger, der von der Dienerschaft bewirtet wird, rührt das Herz der erlarmten Frau. Schließlich reißt sie mit dem Onkel ihres Gemahls zur Erholung nach Italien. Dort sieht sie den armen jungen Geiger wieder, nimmt sich seiner an, leidet ihn ein und läßt ihm etwas vom Leben der „Welt“ fühlen. Leider auch das vom Spielfeld. Es entspinnt sich ein Briefwechsel. Das heißt die Baronia findet jeden Morgen einen Liebesbrief von dem jungen Geiger, erwidert ihn aber nur für ihren Schreibtisch. Sie reißt wieder heim und übergibt dem jungen Mann beim Abschied ihre Briefe. Nun kommt sie mit ihrem Mann wieder in Kontakt, belacht mit ihm später Italien, sieht den Geiger wieder, der inzwischen durch das Zusammenleben mit einer Kokotte heruntergekommen war und in einer elenden Dürte haust. Es kommen allerlei Verwicklungen. Der Geiger will die Liebchaft erneuern. Die Baronia lehnt ab. Es kommt zur Schießerei und zum Schluß bekommt die blonde Signora ihre Briefe zurück. Ihr Mann verzeiht sie ungelassen, als die Tochter auf Besuch kommt. Der Film bringt prachtvolle Landschaftsbilder aus Italien, vor allem von der Riviera und vom Gardasee. Die Darsteller sind ausgezeichnet. Ein zweiter amerikanischer Film behandelt das Thema: „Wie erziehe ich meine Frau?“ Der Inhalt ist sehr düstern und es kommt darauf hinaus, daß die Frau mehr den Mann erzieht. Die Deutlich-Wochenchau bringt bemerkenswerte Aufnahmen aus aller Welt.

Im Danja-Theater läuft der große historische Schaufilm Quo vadis noch bis zum Donnerstag.

Angrenzende Gebiete.

Mecklenburg.

Schwerin. Wiedereinführung der Prügelstrafe. Der erste Unterrichtsmittler im Freistaat Mecklenburg hatte die Prügelstrafe aus den Schulen verbannt. Die mecklenburgische Lehrerschaft hat sich doch nicht daran gewöhnen können, aus dies veraltete Recht eines Mittels zu verzichten. Nun hat sich auch die Fachorganisation der Lehrerschaft, der Landeslehrerverein, wenn auch nur mit knapper Mehrheit, für die Wiedereinführung des Zuchtigungsrechtes ausgesprochen. Solche Wünsche werden in Mecklenburg leicht erfüllt! In diesen Tagen ist im Hauptauschuß ein deutschnationaler Antrag angenommen worden, dem die Volkspartei und die Büllichen zugestimmt haben, daß das Verbot der körperlichen Züchtigung wieder aufgehoben sei. Die Lehrer Mecklenburgs werden künftig wieder den Batel schwingen können, denn ein Zweifel darüber, daß die Junkerregierung Brandenstein mit dem Kultusminister Pastor Stammer diesen Wunsch der Regierungsparteien unzerzückt auf dem Wege der Verordnung erfüllen wird, besteht nach den gemachten Erfahrungen nicht. — Bei den Junkern ist das nicht anders.

Hofack. Ein Weibsteufler. Wie feinerzeit berichtet, wurde am 6. Dezember v. Js. auf dem Wege von Warnemünde nach Diebitzsch das aus Berlin kommende hellhaarige Dienstmädchen Pauline Spiekermann ermordet. Nachdem sich der Verdacht gegen verschiedene Personen nicht bestätigte, nahm man das in Delmenhorst beschäftigte Dienstmädchen Ver a Laiffe fest, das mit der Spiekermann betannt und vor der Tat in Gesellschaft der Ermordeten gesehen worden war. Jetzt hat die Laiffe ein umfangendes Geständnis abgelegt. Unter dem Vorgeben, ihr eine Stelle beschaffen zu können, hat sie die Spiekermann an den Latort gelockt und mit einem Beil erschlagen. Als Beweag und gibt die Laiffe an, daß sie wegen Diebstahls nachdrücklich verfolgt sei und sich deshalb die Papiere eines ihr älteren Mädchens habe verschaffen wollen. Schon im November 1924 hatte die Laiffe ein Konocker Mädchen zu einer Reise nach Hamburg verlockt, aber nicht die Gelegenheit gefunden, dieses Mädchen zu bestehlen. Die Laiffe ist ferner geständig, am 27. November v. Js. in Gültrow ein Mädchen namens Bötker, mit dem Beil erschlagen und schließlich in eine Rauchergrube geworfen zu haben, aus der das Mädchen noch lebend gerettet werden konnte. Auch hier war es der Laiffe lediglich um die Erlangung der Papiere zu tun.

Gewerkschaften.

Die Arbeitslosenjahrlung des Deutschen Bauwerksbundes für den Monat Februar ersafte 301 936 Mitglieder. Davon waren 22,83 Proz. erwerbslos. Gegenüber dem Monat Januar ergibt sich eine gewisse Besserung, da die Zählung für Januar bei 299 624 Mitgliedern eine Arbeitslosigkeit von 24,86 Proz. ergab. In den Bezirken Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg, Hannover und im Freistaat Baden hat die Arbeitslosigkeit zugenommen. In Ostpreußen z. B. ersafte die Zählung 11 066 Bauwerksbundsmitglieder, von denen rund 71,9 Proz. arbeitslos waren. Am niedrigsten ist die Arbeitslosenziffer in der Provinz Hannover. Hier wurden 18 600 Mitglieder von der Zählung ersaft. Arbeitslos waren 2,8 Proz.

Aus dem „Arbeiterparadies“ Sowjetrußland. Vor dem Zolltarifausschuß des Reichswirtschaftsrats finden zurzeit die Verhandlungen über den künftigen Zolltarif statt. Kürzlich wurden u. a. die Sachverständigen für die Papierholzindustrie vom Ausschuß gehört. Interessant war, was einer der kompetentesten Vertreter dieser Industrie u. a. in bezug auf Sowjetrußland ausführte. Danach war Rußland schon vor dem Kriege

DAS SPRUNGBRETT
ZUM ERFOLG
IST UND BLEIBT
REKLAME.

ALA ANZEIGEN AG
LÜBECK, MARKT 16, I.

der größte Holzlieferant für diese Industrie. Bei dem ungeheuren Bedarf an Nadelholz und bei dem ungenügenden Vorkommen in Deutschland ist man bemüht, mit Russland wiederum in ein erträgliches Lieferungsverhältnis zu kommen. Es wird angegeben, daß die Qualität gut ist aber sehr teuer. Diese hohen Preise für das Papierholz sind aber nicht etwa auf bestehende gute Lohn- und Arbeitsbedingungen zurückzuführen, sondern basieren auf Voraussetzungen, die im derzeitigen russischen System teilweise ihre Erklärung finden. Für die Arbeiter kommt kein geregelter Stundenlohn in Frage und nicht etwa, damit verbunden, der achtstündige Arbeitstag, sondern man arbeitet durchgängig im Akkord, und zwar 14 Stunden lang, solange es eben heftig ist. Als Arbeitgeber kommt kein privater Unternehmer, sondern die Sowjetregierung selbst in Frage. Diese Darlegungen des Sachverständigen zu kommentieren, würde bedeuten, die Dinge, wie sie in Wirklichkeit liegen, abzuschwächen. Der deutsche Arbeiter möge zu dem vielen über das angebliche Arbeiterparadies Gehörten diesen weiteren Beitrag entgegennehmen und daraus selbst die erforderlichen Schlüsse ziehen.

Aus den russischen Gewerkschaften. Veruntreuungen und Unterschlagungen. Die sowjetrussischen Gewerkschaften haben eine Reihe von Jahren die Mitgliedsbeiträge durch die Organe der Betriebsverwaltung, auf dem Wege des Lohnabzugs, eingezogen. Seit 1922 fingen sie an, die Beiträge durch die Betriebsräte und durch besondere Bevollmächtigte der Gewerkschaften zu erheben. Diese sogenannte „individuelle Beitrags-erhebung“ hat sich allmählich immer mehr verbreitet und ist jetzt fast überall zur Regel geworden. Es hat sich indes sehr bald gezeigt, daß die Beitrags-erhebung durch die Bevollmächtigten der Gewerkschaften bei den in Russland herrschenden Verhältnissen, die jede öffentliche Kontrolle unmöglich machen, in zahlreichen Fällen zur Veruntreuung der Verbandsgelder durch die kommunikativen oder die von den Kommunisten aufgestellten „parteilosen“ Funktionäre geführt hat. Es hat sich anscheinend eine förmliche Unterschlagungsindustrie entwickelt, die einen solchen Umfang angenommen hat, daß der Führer der russischen Gewerkschaften, Tomski, auf dem Wille Februar abgehaltenen Allrussischen Kongress des Schneiderverbandes sich genötigt sah, den Schuldigen mit der Einführung der Todesstrafe für Veruntreuungen zu drohen. „In letzter Zeit — erklärte Tomski — sind bei uns Veruntreuungen der Verbandsgelder durch Vertrauensleute zu verzeichnen. Ich betrachte es als notwendig, diese wunde Frage anzuschneiden. Mir fällt dies im Augenblick um so leichter, als die Veruntreuungen in eurem Verbands weniger verbreitet sind als in den anderen. Dieser abgelenkten Erscheinung muß ein Ende gesetzt werden. Dazu genügen aber Repressalien nicht. Wir werden es durchsetzen, daß unsere geschätzten Instanzen das Strafmaß für derartige Verbrechen bis auf die höchste Stufe (d. h. bis auf Tod durch Erschießen, D. Red.) erhöhen. Die Gewerkschaftsfunktionäre müssen indes die Frage zu klären suchen, welche Ursachen dieser Erscheinung zugrunde liegen. Die Krankheit ist nicht nur deshalb gefährlich, weil sie einen Massencharakter annimmt, sondern auch deshalb, weil die gemüthlich-gleichgültigen Führer der Gewerkschaften ihr keine Bedeutung beimessen, sie verbergen und immer mehr um sich greifen lassen. Unsere Pflicht ist es, die Gefahr aufzudecken und die Unmerklichkeit der Arbeiterklasse auf sie zu lenken. Die Ursache der Veruntreuung ist sehr häufig Schlamperei, ungenügende Beachtung der finanziellen Fragen. Dank der Nachlässigkeit und Schlamperei der einen und dem niedrigen kulturellen Stand der anderen ist die gesamte gewerkschaftliche Bewegung einer tödlichen Gefahr ausgesetzt. Tausende von Rubeln sind von Mitgliedern der Betriebsausgänge verschwendet worden und niemand hat diesen Vorgängen Beachtung geschenkt. (1) Bücher sind nicht geführt worden, die Revisionskommissionen haben nicht gearbeitet.“ („Trud“ vom 17. Februar 1925). — Man kann mit Bestimmtheit behaupten, daß in keinem Lande der Welt die Veruntreuungen in den Verbänden einen solchen Umfang angenommen haben wie in dem Heimatlande der roten Gewerkschaftsinternationale, dem von kommunistischen Selbstherrschern regierten Russland. (RSD.)

Allerlei Wissenstwerkes.

Tiere, die nicht gezähmt werden können. Es gibt nur wenige Tiere, die der Mensch durch Geduld und Geduld nicht seinem Willen zu unterwerfen vermöchte. Wertwürdigerweise widerstreben jedem Zähmungsversuch aber nicht etwa die größten und stärksten Vertreter des Tierreichs, sondern verhältnismäßig kleine und schwache Tiere. So ist es z. B. noch niemals gelungen, den afrikanischen Wildhund zu zähmen. Auch der tasmanische Wolf ist noch niemals gezähmt worden. Alle Mäuse,

Letzter Tag!

Die Erneuerung der Zeitungsbestellung für Postbesteller muß sofort geschehen, wenn in der Zustellung im nächsten Monat keine Unterbrechung eintreten soll

die man an diesen beiden Tieren verschwendet, ist vergebens; denn sie behalten unweigerlich ihre wilden und böartigen Instinkte, obwar alle anderen Arten von wilden Hunden, selbst von Wölfen, in hohem Maße gefehrig sind, vorausgesetzt, daß sie in die richtigen Hände kommen und noch nicht zu alt sind. Schwer zähmbar ist übrigens auch das Zebra. Erfahrene Dreifreier bezeichnen es als leichter, einen Elefanten, ja selbst einen Löwen oder Tiger zu zähmen als dieses harmlose Tier. Absolut unzähmbar ist dagegen der schwarze Jaguar, der, selbst wenn er ganz jung in Gefangenschaft gerät, seinen wilden und tödlichen Charakter beibehält. In gewissen Grenzen gilt dasselbe auch vom Leopard, der zwar dazu gebracht werden kann, vorübergehend Frieden mit dem Menschen zu schließen, aber auf die Dauer doch immer wieder in den Zustand gefährlicher Wildheit verfällt. Ebenso verhält es sich mit dem nordamerikanischen Luchs.

Die Geschichte der Narke.

Man kann sich heute kaum noch vorstellen, daß vor gar nicht langer Zeit schmerzhafteste chirurgische Eingriffe ohne Narke ausgeführt wurden, bei denen man ruhig zuhah, wie der Kranke bei der Operation entsetzliche Schmerzen litt, bis ihn eine wohlthätige Dornmahl von seinen Qualen befreite. Allerdings waren bei den alten Kulturvölkern — wie auch heute noch bei den lebenden Naturvölkern — betäubende Mittel in Gebrauch, wenn sie auch bei weitem nicht so gefahrlos waren wie es die gegenwärtige Narke ist. Schon in der ältesten Zeit benutzte man Belladonna (Tollkirsche), Stramonium (Stechapfel), Hyoscyamus (Wissentkraut) und Mandragora (Mstraun) zu Betäubungszwecken. Tabak ist heute noch auf Sumatra und bei den Brasil-Indianern als Betäubungsmittel in Gebrauch. Bekannt war ferner im Altertum die narkeartige Wirkung des Wogus und seiner Produkte; auch der Alkohol ist hier zu nennen. Man ließ diese Mittel entweder einnehmen, einatmen oder rieb sie ein. Ob man sie jedoch nur zur Bekämpfung von Schlaflosigkeit, Unruhezuständen und zur Betäubung bestehender Schmerzen oder auch zu Operationszwecken verwandte, ist noch nicht völlig geklärt.

Ein alter griechischer Arzt berichtet über eine Mandragora-art, die in Teig oder Gemüse genommen wurde, um einen dreißig bis vierstündigen Schlaf herbeizuführen. Ein schottischer Geschichtsschreiber des 12. Jahrhunderts hinterließ Mitteilungen über einen Narkeopferant, unter dessen Wirkung die schlafenden Kranken Schritte und Brennen mit Glühsteinen ohne Schmerzen ertragen konnten. Gleichfalls liegen aus dem 14. Jahrhundert Berichte über eine Abkochung von Mandragora in Wein vor, die ausgezeichnete narkeartige Wirkung gehabt haben soll. Die Zusammenfügung eines narkeartigen Trankes stammt aus dem Ende des 15. Jahrhunderts; er enthält Belladonna, Wissentkraut, Mandragora, Rohrkamille und Opium. Der berühmten Verzeihung von Salerno waren narkeartige Getränke gut bekannt, ebenso wie die schmerzbetäubende Wirkung des Alkohols. Bei dem wilden Stamm der Ugandas wurde noch im Jahre 1879 bei einer Frau, die mit Bananenwein betäubt wurde, der Kaiserschnitt ausgeführt. Wie weit die sogenannten Hezenalben tatsächlich eine örtlich betäubende Wirkung hatten, läßt sich heute schwer nachprüfen. Es war jedenfalls hiermit eine große Portion Aberglauben verbunden, wie auch die narkeartige Wirkung des sogenannten, schon von Plinius erwähnten Memphissteins in den Bereich des Wunderglaubens gehören dürfte.

Selbstverständlich waren diese Narke, die in großen Dosen gegeben wurden, mit gefährlichen Begleiterscheinungen verbunden, und so hörte denn im Anfang des 19. Jahrhunderts, als

sich die Fälle von Morphetod häuften, der Gebrauch der Betäubungsmittel zu Operationszwecken auf. Die chirurgischen Eingriffe wurden eben ohne Schmerzbetäubung ausgeführt. Der Kranke wurde dabei bis zur Unbeweglichkeit gefesselt oder von 8 Männern festgehalten. Es gehörten schon ausgezeichnete Kräfte dazu, um bei dem immerwährenden fürchterlichen Geschrei des bei voller Besinnung befindlichen Kranken schmerzgemäß operieren zu können. Trotz des Mangels an geeigneten Narkemitteln hat merkwürdigerweise die Chirurgie gerade in dieser Epoche große Fortschritte gemacht.

Mit der Entdeckung der Aethernarke im Jahre 1846 durch Jackson und Morton wie der Chloroformnarke im Jahre 1848 durch Simpson trat ein grundlegender Wandel ein. Bald wurden die beiden Methoden derart verbessert und ausgebaut, daß die Gefahren der Narke auf ein Minimum eingeschränkt wurden. Dann brachte noch die Einführung der Lokalanästhesie, der örtlichen Betäubung, weitere große Fortschritte mit sich, so daß ohne allgemeine Betäubung und doch schmerzlos operiert werden kann. Und schließlich ist noch das Scopolamin, ein im Wiesenkraut und Stechapfel vorkommender Stoff, zu nennen, mit dessen Hilfe der besonders in der Geburtshilfe viel angewandte Dämmer Schlaf erzielt wird. Dank der Wissenschaft sind der Menschheit viele Schmerzen erspart worden und werden ihr noch fernerhin erspart bleiben.

Neue Bücher.

(Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten“ zu beziehen.)
Das Organisationsproblem im ADGB. Von Fritz Jarens u. Der Preis der 40 Seiten starken Broschüre beträgt beim Bezuge durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, oder durch den Buchhandel 30 Pfg.

Schiffsnachrichten.

„kommene Schiffe.“
22. März.
Deutsch. D. Postel, Kap. v. Schick, Kohlen, 8 Tg.
Deutsch. D. Otto (Kap. 27), Kap. v. Seutin, Stückg.
3 Tg. Deutsch. D. Wolland, Kap. v. Füllens, Raib.
Steine, 2 Tg. Deutsch. D. Amate, Kap. v. Halbo,
leer, 1 Tg. Dän. S. Bille, Kap. v. ...
22. März.
Schwed. D. Lübeck, Kap. Tullin, ...
14 Passag., 12 Stb. Deutsch. D. Arthu.
penberg, von Emden, Kohlen, 1 1/2 Tg.
Klin-endera, von Rüge, leer, 1/2 Tg. Dän. S. ...
zen, von Sonderburg, leer, 1 Tg. Holl. S. ...
Kiel, leer, 10 Td. Dän. S. Theodor, Kap. An.
leer, 8 Tg. Deutsch. D. Sigune, Kap. Serrin,
2 Tg. Deutsch. S. Minna, Kap. Vöcker, von Bu.
18 Stunden.
23. März.
Isl. D. Ronny, Kap. Sigurdson, von Christianfund, ...
2 Tg. Schwed. D. Irene, Kap. Svensson, von Et.
Stückgut, 2 Tage.
Abgegangene Schiffe.
Deutsch. D. Kehmara, Kap. Schwann, nach Burg a. F.
Deutsch. D. Delaoland, Kap. Draguhn, nach Halborg, ...
Deutsch. D. Aklania, Kap. Herge, nach Koldina, Stückg.
D. Meier, Kap. Holmberg, nach Helsingfors, Stückg. ...
D. Oberstrom, Kap. Vöcker, nach Gothenburg, Ladg. ...
D. Geron, Kap. Elmen, nach Norrfobing, Stückg. Deut.
Planck, Kap. Gernich, nach Stockholm, Stückg. Deut.
Derm. D. Joppen 14, Kap. Klein, nach Königsberg, Stückg.
22. März.
Deutsch. D. Vina Runkmann, Kap. Wittkop, nach Gmd.
leer. Dän. S. Nosh Kap. Weber, nach Halborg, Sala. Deut.
S. Adler, Kap. Cfermann, nach Kopenhagen, Sala. Schwed.
Altair, Kap. Bus, nach Halborg, Sala. Deutsch. D. Bru.
Kap. Quigau, nach Oslo, Stückg. Schwed. S. Svea, Kap.
hanson, nach Landskrona, Sala. Dän. S. Viratue, Kap.
teisen nach Mariager, Sala. Deutsch. S. Emma, Kap. Morten
nach Hobro, Sala.

Verantwortlich: für Inhalt u. Vollständigkeit: Dr. Fritz Solmitz, für Bild- und Illustration: Hermann Bauer, für Anzeigen: Carl Lütich, Verleger: Carl Lütichard, Druck: Friedr. Meier & Co., sämtlich in Lübeck.

„Sepselenopathie“
Ein neues biochemisches Verfahren, das alle Krankheiten durch biochemische Beeinflussung des Zentralnervensystems heilt.
Biochemisches Institut „Sepselenopathie“
Lübeck (4440) Mützenstraße 43 I.
Sprechstunden: 10-1 u. 3-5 Uhr
Mittwoch und Sonnabends von 1-3 für Minderbemittelte kostenlose Sprechstunde

Liebesrecht
Volksfremdwörterbuch
Gebunden Mit 4.
Buchhandlung „Lübecker Volksbote“

Zur Konfirmation
Elegante Konfirmanten Anzüge, blau 24.00 27.50 32.- 39.-
reelle Konfirmanten-Stiefel 8.50 10.50 11.50
elegante Konfirmanten-Skleider 10.50 12.75 16.50 22.50
elegante Konfirmanten-Mäntel Donegal 14.50 Covercoat 16.- Tuch 28.-
reelle Konfirmanten-Halbhuhe 6.75 8.50 10.50
elegante Konfirmanten-Kleiderstoffe in schwarz, weiß und farbig
Konfirmanten-Wäsche-Ausstattungen
Ehlers & Reelwisch
Gute Holzstr. 1 (444) St. Petri 2-4
St. Verhinderungsrückstellungen für jed. Beruf

Lübecker Walf- und Reinigungsmittel-Vertrieb
Ferrnstr. 3370 Königsstr. 95
Neu eröffnet!
Verkaufsniederlage: Königsstraße 80
Reinar. Hagenstr. im Ww.
Zentrale Anstalt zum Waschen, Schonen, Bügeln u. Reinmachen in bekannter Güte.
Säurewaren, Holzwaren, Küchengeräte in großer Auswahl.
Spezialität:
Schmierseifen in fester Packung.
In. Kernseife, 2 Pfd. Eine harte Kiesel Kiesel schon für ca. 80% pro Kiesel
98 1.10
Nur echt, wenn mit eingetragenen Warenzeichen versehen. Bestellen Sie bitte das Schauenfurter Königsstraße 80. (4425)

Waim
Woll-Strickwaren
1925
in neuer Gestaltung mit Illustrationen und einem farbigen Kunstblatt von Max Liebermann
Preis 60 Pfg.
Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46

DA CAPO mit Goldm 3
DA CAPO EXTRA mit Goldm 4
A.M. ECKSTEIN & SÖHNE DRESDEN-A.

Pa. ger. Schweinsbuden v. Knoch. pr. Bfd. 100 g
 Pa. fr. Getrocktes 50 g (aus) Fr. Gulasch 50 g
 Pa. frische fette Ochsenherzen pr. Bfd. 40 g
 Pa. fr. Karbonade pr. Bfd. 100 g
 Pa. feinste Sackwurst pr. Bfd. 80 g
Carl Lohrtz. Böttcherstr. 17. Fernbr. 1874

Bildnis

des verstorbenen
Reichspräsidenten

von **Swindrich Ebner**

Radierung auf Büttenpapier
vom Künstler handsigniert
R.-M. 6.—

Rugveduktion

in Offsetdruck
R.-M. 1.50

Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Grätzig bezeichneter
länsebruteier
zu verkaufen. Stück RM 1.20
Ziegelhof-Brandenbaum

ans Baluschet

Eine Monographie

von Friedrich Wendel
geb. MK. 12.—

Von dem bekannten Maler und
Zeichner der Arbeit und seiner Aus-
übenden, von dem treuen Mitarbeiter
von „Lachen links“ handelt das gut
ausgestattete Buch. 121 außer aus-
geführte Reproduktionen seiner Werke
zeigen dem Leser das Schaffen dieses
Freundes der Arbeiterklasse

Buchhandlung
„Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46

Zinfisi und Willn

Ein sozialistisches Bildungsproblem

Von Th. Müller

Preis 25 Bfg.

Buchhandlung

Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46



Autoruf 8680
Tag- u. Nachtbetrieb

Bilder-Einrahmungen O. Tauchnitz
Bilderleisten Fensterglas Fernbr. 2813

Bornholmer Novellen

Von Martin Andersen Nexé
Leinenband R.-M. 3.30

Buchhandlung **Lübecker Volksbote**
Johannisstraße 46

Karstadt

Eine Riesenauswahl der schön-
sten Frühjahrs-Neuheiten wartet
Ihrer Durchsicht. Daß unsere
Preise trotz Schönheit u. Quali-
tät sehr niedrig sind, bestärken
diese 4 Stücke.



39.75

Kostüm aus pa. Gabar-
dine, reiche Tressen- und
Soutachegarnitur, flotte
jugendliche Form, ganz
auf Seide.....39.75

24.75

Mantel aus feinstem Tuch,
reiche Biesenstepperei ..24.75

45.-

Mantel aus bestem gestr. Rips-
Mouline, beliebter Herrenschnitt,
mit hochsteh. Rollkragen ..45.—

65.-

Kostüm aus Covercoat-
Mouline, feinste Herren-
verarbeitung, ganz auf
Seide.....65.—

Dem
Schaffenden
das
Wissen!



Das Taschenbuch der Arbeit

Beiträge erster Federer:
Bürgel, Graf, Kampffmeyer, Renner, Schikowski,
Wendel, Zell u. a. Kalendarium, Adressenmaterial
Ganzleinen 1,50 Mark

Buchhandlung **„Lübecker Volksbote“**
Johannisstraße 46

An unsere Inferenten!

Anzeigen

Von größerem Umlauf bitten wir
einen Tag vor dem Erscheinen
aufzugeben, weil andernfalls
keine Gewähr für Aufnahme ge-
geben werden kann.

Anzeigen-Abteilung
Lübecker Volksbote

Freistaat Lübeck.

Montag, 23. März.

Sturmzeichen!

Dunkelmänner sitzen jetzt überall und beraten darüber, wie die Wähler für den Kandidaten der Rechten zu gewinnen sind. Welch ein Triumph für die Reaktion, wenn sie einen Deutschen, einen Monarchisten, auf den Präsidentenstuhl der Deutschen Republik, Verzeihung, des Deutschen Reiches setzen könnte!

Und sie reiben sich die Hände. Der schwarze Plan muß geschehen. Dann hurra, geht's nicht mehr langsam, dann geht es mit Riesenschritten, im Parademarsch mit klingendem Spiel in den alten Staat zurück.

In den Oberräumen! Versteht du? — Die Spielbürger schauen schlaftrig aus: „Reichspräsidentenwahl? — Eine belanglose Sache. Ob der Mann nun Marx, Sellpach, Jarres oder Braun, nein, Braun nicht. Der ist Sozialist! — Aber einer der anderen. Es ist ja egal!“ —

Wenn das Vaterland über der Partei steht, ist es nicht einerlei. Unser Vaterland ist die Deutsche Republik, ist das Land, in der die Verfassung von Weimar gelten sollte.

Der Reichspräsident ist der Schutzherr der Verfassung, der Republik! — Kann ein Monarchist das sein?

Unser Reichspräsident hat nach der Verfassung Rechte, die ihm viel ermöglichen. Er kann, wenn er es für notwendig hält, Teile der Reichsverfassung „vorübergehend“ außer Kraft setzen. Man denke sich einen monarchistischen Präsidenten. Die Kommunisten werden schon dafür sorgen, daß der Schirmherr Gelegenheit dazu bekommt. Er hat „den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reiches“. — Er wird sie bald gebrauchen! Er ernennet den Reichskanzler und dieser schlägt die Reichsminister vor. Sie werden alle bald danach sein! —

Unser Land braucht dringend eine ruhige Entwicklung, um die gewaltigen Schäden der Nachkriegszeit zu überwinden. Dringende Reformen auf vielen Gebieten harren der Durchführung. Wird ein reaktionärer Präsident sie fördern? — Haben die bürgerlichen Regierungen der letzten Jahre nicht überall rückwärts gewirtschaftet? — Sie rebeten von der deutschen Kultur und bauten sie ab. In der Wirtschaft regiert der Kapitalismus brutaler als je. Die Preise steigen, die Löhne sinken. Die Arbeiter werden immer tiefer.

Und keine Kulturaufgaben? — Die Schule wird abgebaut. Dort soll gepölpelt werden. Für die Flotte werden 41,2 für die Reichswehr 84 Goldmarken mehr gefordert. Ist das die Kultur der deutschen Republik? Krieg führen kann man doch weder mit unserem Heer noch mit unserer Marine. Wozu also diese Mehrausgaben? — Es sind Früchte der bürgerlichen Regierungen. Wie wird es erst werden, wenn sie auch noch den Präsidentenstuhl für sieben Jahre besetzen?

Mehr als je brauchen wir einen Republikaner, der auch das Vertrauen des Auslandes hat. Ein Anhänger der alten Hurrapatrioten wird uns in der Außenpolitik nur Unruhe bringen. Für Säbelträger ist zurzeit wahrlich kein Platz. —

Für die Republik stehen neben den Massen der SPD. das Zentrum und die Demokraten. Ob diese beiden Parteien auf alle ihre Wähler rechnen können, wenn es den Kampf für die Republik gilt, steht dahin. Es gibt dort rechte Flügel, wo man auch anders kann. Wer kann also den republikanischen Präsidenten stellen? — Die S. P. D.! Otto Braun ist unser Mann! Für ihn treten wir in den Wahlkampf mit der festen Überzeugung, unserm Vaterlande, der Deutschen Republik, den rechten Führer zu geben.

Damit die Fahne der Republik „Schwarz-Rot-Gold“ in Ehren wehen kann. Damit nicht die schweren dunklen Wolken, die am politischen Himmel stehen, heranziehen und sich über unser Land entladen.

Republikaner, achtet auf die Sturmzeichen! Unsere Republik wird nicht untergehen, wenn wir alle für den Republikaner Otto Braun stimmen. Ernst Schermer.

Der Wert der Reklame.

Ein Vortrag in der Ernestinenstraße.

Drei prominente Vereine und ein staatlicher Ausschuss hatten sich verbunden, um Lübecker interessierten Kreisen Einblick in die neuzeitliche Geschäftsreklame zu geben. Zwei Doktoren aus Berlin waren als Referenten angefordert, Lichtbilder und Filmausschnitte gab es dazu. Und doch hatten sich kaum 60 Personen eingefunden, davon waren die Hälfte Frauen. Lübecks handels-treibende Bevölkerung befandete so ein beschämend mangelhaftes Interesse an den Veranstaltungen, die dem jeden Tag in die Welt hinausgeschickten so notwendigen Aufbau dienen sollen. Gewiß, dem Eingeweihten boten die Vorträge nicht viel Neues, jeder Kaufmann weiß, daß das vom ersten Vortragenden, Dr. Andler, empfohlene kapitalistische Rezept für ihn richtig ist: ohne Reklame läßt sich auch gute Ware auf die Dauer nicht verkaufen. Das wertvollste Moment ist, die Ware auf dem schnellsten Wege vom Produzenten dem Verbraucher zuzuführen. Um sie rasch abzusetzen, dazu bedient es des psychologischen Studiums zur suggestiven Erfassung der Massen. Maßgebend für die Wirtschaft sei der bedürfnisvolle Mensch, das Gebilde von der Ueberproduktion sei nur ein Geständnis der Unfähigkeit, den Absatz richtig zu organisieren. (Das ist natürlich nur bedingt richtig. Wo die Kaufkraft fehlt, nützt die beste Verkaufsorganisation nichts.) Richtiger ist schon der Satz, daß die wichtigste Voraussetzung jeder jugendfähig sein sollenden Reklame gute und preiswerte Ware ist. Nichtig ausgelegene Reklame belaste weder den Produzenten noch den Konsumenten. Sie bezahlt sich selbst durch vergrößerten Umsatz und demzufolge durch Verringerung der Unkosten.

Es wurden Vergleiche mit Amerika angestellt, dem klassischen Lande gewaltiger Reklame. Dort holt der Kaufmann oder Fabrikant den Reklamefachmann ins Haus und läßt ihn den Betrieb, Warenmarkt und Absatzmöglichkeit studieren. Wer glaubt, ohne Reklame auszukommen, wird schwer enttäuscht werden. Selbst Nord mußte sich dazu bequemen und in den letzten beiden Jahren 6 bezw. 7 Millionen Dollar dafür aufwenden. Wie in Amerika, so sind auch in Deutschland die besten Reklameträger die Zeitungen und Zeitschriften. Prompte Bedienung der Kunden ist ein erstes Erfordernis, mußergültig ein Warenhaus in Philadelphia mit 18000 Angestellten. Es versendet zweimal im Jahre einen 100seitigen Katalog in 1 Million Auflage jeder Artikel ist mit Nummer und Preis versehen. 150000 Aufträge werden täglich erledigt. Nichtgefallendes wird anstandslos zurückgenommen. Das absolute Vertrauen zu diesem Haus ruht auf seiner

großen Aulanz. Auch das Riesenzirkusunternehmen Barnum bestreift, daß es seine gewaltigen Erfolge ausschließlich der Zeitungsreklame verdanke.

Eine Unsitte, die der Vortragende für praktisch hält, ist die Verquickung wissenschaftlicher oder Unterhaltungsartikel in Zeitungen und Zeitschriften mit einem Reklameschlusseffekt. Sie ist amerikanisch. Ein Blatt, das auf Sauberkeit im Text Wert legt, sollte sich hierzu nicht hergeben. Eine Anzahl Lichtbilder zeigten schlecht und wirkungslos aufgemachte Inserate, über deren Wert sich um so mehr streiten läßt, da der Vortragende Vertreter einer großen Inseratenagentur ist.

Im zweiten Teil führte Dr. Kayser einige Filmausschnitte aus der Industrie vor, die ebenfalls Reklamezwecken dienen. Recht originell war der Trickfilm über die Vorteile des Gales im Haushalt. Gezeigt wurden ferner Vorgänge bei der Porzellan-, Seifen-, Gummiballfabrikation. Bei dieser Art Reklame muß sich das Publikum aber besonders vorsehen. Hier wirkt das Groß- und Truhtkapital auf Millionen Köpfe. Es kann dann leicht möglich sein, daß nicht die Güte der Waren, sondern die größte Geldmacht die Verbraucherköpfe illusioniert. Nebenbei gaben die Fabrikationsvorgänge auch Gelegenheit, den trostlosen mechanischen Produktionsprozeß zu studieren, dem die Arbeiterinnen und Arbeiter an der Maschine unterworfen sind.

Döbelstatur?

Eine offene Anfrage an die Theaterleitung.

Der Theaterplan für die laufende Woche liegt vor. Was er bringt, gibt keinen Anlaß zur Aufregung. Um so mehr, was er nicht bringt. Vergeblich suchen wir nach der Antündigung einer Wiederholung von Werfels „Schweiger“? — Wir haben ausführlich dargelegt, daß wir dieses Stück für das stärkste und bedeutendste halten, was das Theater uns in dieser Spielzeit geboten hat. Wir können ja irren, aber die Theaterleitung selbst muß doch von dem Wert dieses Werkes überzeugt gewesen sein. Sonst hätte sie es doch nicht angekauft und ein solches Maß von Arbeit auf seine Inszenierung verwandt. War das alles nur für eine einmalige Aufführung berechnet? Oder weicht man zurück, weil ein paar Radaubröder (und leider auch „Schweiger“) einen vorher bestellten Skandal inszeniert haben?

Wir wollen das nicht annehmen, um so weniger, als uns nachträglich bekannt geworden ist, daß man der Spielleitung schon zu Beginn der Spielzeit gedroht hatte, der „Stahlhelm“ werde Krach schlagen, wenn ein Stück von Werfel hier gegeben würde. Wir wissen also jetzt, aus welchen Kreisen die Flegel stammen, die die Aufführung eines ersten Dramas durch Türschmeißer stören.

Will sich die Theaterleitung der Zensur dieser Herrschaften unterwerfen? — Der „Stahlhelm“ als oberster Kunsttrichter Lübecks, das kann gut werden!

U. G. gibt es nur einen Weg: das Programm so zusammenstellen, daß jede ernste Kunststrichtung zu Gehör kommt, und energisch für Ruhe im Zuschauerraum sorgen.

Ist die Theaterleitung bereit, diesen Weg zu gehen? — Wann erfolgt die nächste Aufführung des „Schweigers“? Wir warten auf Antwort.

Wochenplan des Stadttheaters. Dienstag, 24. März:

„Unsere kleine Frau“, 30. Vorst. i. Dienstag-Abonn. Mittwoch, 25. März: „Don Juan“, 30. Vorst. i. Mittwoch-Abonn. Donnerstag, 26. März: „Undine“, 30. Vorst. i. Donnerstag-Abonn. Freitag, 27. März: „Die Schneider von Schönau“, 30. Vorst. i. Freitag-Abonn. Sonnabend, 28. März: Vorstellung f. d. Volksbühne: „Räuber von Heilbrunn“. Sonntag, 29. März, 2.30 Uhr: 8. Fremdenvorstellung: „Der Vogelhändler“, 7.30 Uhr: „Don Juan“. Montag, 30. März, 6.30 Uhr: Vorstellung f. d. Volksbühne: „Tritan und Solde“. Dienstag, 31. März: „Freischütz“, 31. Vorst. i. Dienstag-Abonn. Mittwoch, 1. April: „Der Widerpenstige Jähmung“, 31. Vorst. i. Mittwoch-Abonn.

Vermischte Nachrichten.

Ein Pfarrer mordet aus Eifersucht. Wie „A. G.“ aus R. Lausen burg meldet, hat der griechisch-katholische Pfarrer Giurgiuca in einer Ortschaft der Umgebung aus Eifersucht seiner Frau mit einem Rasiermesser die Kehle durchgeschnitten. Als eine Dienstmagd zur Hilfe herbeieilte, durchschnitt ihr der Pfarrer mit dem Rasiermesser gleichfalls die Kehle. Schließlich ließ sich Giurgiuca ein Messer in die Brust und brachte sich überdies mit dem Rasiermesser tödliche Schnittwunden am Hals bei. Die Dienstmagd wurde von der Gendarmerie tot aufgefunden, während der Pfarrer und seine Frau in hoffnungslosem Zustand in ein Spital übergeführt wurden.

Einen verspäteten Karnavallsherr haben sich die reaktionären Fraktionen des Münchener Stadtrats geleistet. Auf Veranlassung der Nationalsozialisten haben die Fraktionen der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei und der Nationalsozialisten im Münchener Stadtrat es durchgesetzt, daß die Direktion der Münchener Kammerpiele aufgefordert wurde, Medetinds „Büchse der Pandora“ vom Spielplan abzugeben, widrigenfalls die Stadt dem Theater nicht den erbetenen Zuschuß in Höhe von 30000 Mk. bewilligen werde. Wenn der Stadtrat einem Theater einen Zuschuß bewilligt, so behalte er sich auch ein Einspruchsrecht gegen moralisch-widrige und unehrliche Stücke vor. Darüber, ob die „Büchse der Pandora“ ein unmoralisches Stück sei, würden sich die genannten Parteien in feinerlei Auseinandersetzung einlassen. — Da müssen sie Dr. Fink aus Lübeck kommen lassen, der wird ihnen die Riste schon auseinanderhauen.

800 Todesopfer des Tornados. Die Zahl der Toten bei der Sturmkatastrophe in Illinois ist noch immer nicht endgültig festgestellt. Es scheint aber, daß die jetzt vorliegenden Ziffern zuverlässig sind. Danach wurden gezählt rund 800 Tote, 3600 Verletzte und 10000 Obdachlose. Der Schaden beziffert sich auf etwa 150 Millionen Dollar. Stündlich werden neue Leichen aus den Trümmern geborgen. Die Rettungsarbeit schreitet nur langsam fort. Die ersten photographischen Aufnahmen vom Schauplatz des Sturmes bieten das Bild grenzenloser Verwüstung, wie es nach einem schweren Erdbeben nicht schlimmer sein kann.

Feuer im Venus-Hotel. In dem amerikanischen Gesellschaftslokal Miami in Florida brannte das dicht besetzte „Venus-Hotel“ nieder. Die 800 Gäste des Hotels waren, von Panik ergriffen, sobald der Generalalarm ertönte, in wilder Hast Koffer, Kleidungs- und Möbelstücke durch die Fenster auf die Straße und auf die Köpfe der den Brand bekämpfenden Feuerwehrleute. Von den Hotelgästen (!!) wurde niemand verletzt. Auch sämtliche

Angestellte konnten sich unbeschädigt retten. Verletzungen und Rauchschädigungen waren nur bei den Feuerwehrmannschaften festzustellen.

Taylorismus.

Von Richard Wolbt.

SPD. Am 21. März sind zehn Jahre seit dem Tode von Frederick Winslow Taylor vergangen. Die Lebensarbeit dieses Mannes war für die Entwicklung der industriellen Betriebsorganisation in Deutschland wichtig genug, um sich einmal mit der Frage auseinanderzusetzen, welche Bedeutung der Taylorismus in Deutschland gewonnen hat. Heute herrscht auf diesem Gebiete Ruhe über den Gewässern. Gewiß wird immer noch eine umfangreiche Taylorliteratur produziert, aber in der Welt der praktischen Anwendung ist die Taylorbewegung abgetopft worden, und man sieht heute nicht mehr im Taylorismus das Heil für die Reorganisation der industriellen Betriebe. Diese rückläufige Bewegung ist aus zwei Gründen erfolgt: erstens ist die Anwendbarkeit der sogenannten „wissenschaftlichen Betriebsführung“ begrenzt, und zweitens haben sich die Arbeiter gegen eine Ueberpannung der rationalen Arbeitsorganisation mit Erfolg zur Wehr gesetzt.

Taylor wollte eine Arbeitsanalyse bis in die letzten Feinheiten durchführen. Bei den Paradebeispielen wurde der Arbeitsvorgang in eine möglichst große Zahl von Einzelheiten zerlegt. Jeder Einzelvorgang wurde mit der Stoppuhr gemessen. Der eigentlichen Arbeit gingen umfangreiche komplizierte und kostspielige Dispositionen voraus. Das Formularwesen und das Ueberwachungs-system wurde so ausgebeutet, daß die eigentliche Ausführung der Arbeit oft eine Ueberorganisation der Verwaltung erhielt, die wieder unrentabel wurde. Nur für normale Massenfabrikation mit Typisierung und Auswechselbarkeit ließ sich das Taylorsystem in Reinkultur durchführen.

Die Arbeiter haben die produktionsfördernden Momente, die Taylor im Auge hatte, sehr wohl anerkannt. Weder vor dem Kriege noch gegenwärtig hat sich in der deutschen Gewerkschaftsbewegung die Anschauungsweise der Maschinenführer festsetzen können. Aber gegen die Ueberpannung zur Raubwirtschaft wurde Widerstand geleistet. Die Notwendigkeit der Gegenwehr ergab sich schon daraus, daß das Prinzip der Auslese, der Paradeleistungen waltete. Das Pensumsystem als Lohnform bildet den Antrieb, und kein regulierender Faktor zur Normalisierung, zur Sicherung gegen Ueberforderung der Ermüdungszeit ist gegeben. Keine Gewerkschaft hat hinanzureden, denn die Taylorformner sind Feinde der Gewerkschaften; sie wollen und müssen mit dem einzelnen Arbeiter fertig werden. So wirkt sich dort, wo keine Schranken und Schutzwälle durch organisatorische Selbsthilfe oder auch durch soziale Gesetzgebung vorhanden sind, das berühmte „freie Spiel der Kräfte“ aus.

Deshalb ist, so sonderbar es auch klingt, das moderne Taylor-system von der Entwicklung bereits überholt worden. Wir müssen zu der Synthese zwischen rationaler Arbeitswirtschaft und sozialer Menschenökonomie kommen. Wohl muß unsere Arbeitswirtschaft durch Anwendung der besten Maschinen und Arbeitseinrichtungen rationell sein, aber die günstige Menschenökonomie im industriellen Leben muß auf anderen Wegen erreicht werden, als es Taylor und seine Schule in den letzten Jahrzehnten gepredigt haben. In diesem Zusammenhange kommt es also darauf an, das negative Resultat unserer Würdigung des Taylorismus zu sehen: über Taylor führt der Weg nicht zur Leistungssteigerung der Wirtschaft.

Gepäcksal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Achtung, Naturfreunde und Vogelliebhaber!

In Lübecks Nauern, o fürwahr, Singt eine neue Vogelart.

Das Oberhaupt dieser Vogelart soll bisher gern in alten Gebäuden zwischen alten verstaubten Schriften genistet haben. Doch hat das Tierchen jetzt augenscheinlich seinen alten Nistplatz verlassen und in letzter Zeit genistet in einem Gebäude in der Beckergrube erschaffen lassen. Einzelne Beobachter behaupten, daß dieser Vogel zur Gruppe der Finken gehören soll. Ein alter Vogelkenner ist dagegen der Ansicht, daß der Piepmatz zu einer vorläufig noch undefinierten Gruppe gehört. Andere wünschen seine Unterbringung in die Gruppe der Nachtvögel und andere wieder unter die Lichtfänger. Es haben sich dieser Vogelart noch eine ganze Reihe anderer angeschlossen. Auch eine Gänseart soll darunter vertreten sein, wahrscheinlich die der „Dummen Gänse“, wie aus der Lautart ihres Geschnatters zu schließen ist. Auch ein Archaeopteryx mit polsternden Flügelhäuten soll dabei sein. Dieser fossile Urvogel soll, neu aufgefunden, Lübeck als Brutplatz auszuweisen haben. Zeitweilig sollen sich diese reizenden Tierchen auch in einem anderen hohen Hause sehr bemerkbar machen. Also liebe Vogelliebhaber, Vogelfänger, Naturforscher (Ernst Albert bitte) laßt Euch diese seltene Art nicht entgehen. Fangt das Vogelei ein, ehe es unterhalb der Rabeburger Allee seine ureigensten Nistplätze aufsucht. Papageno.

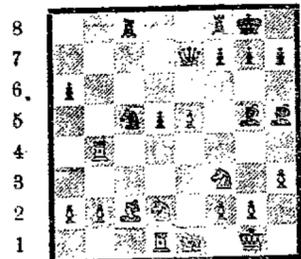
Arbeiter-Schach-Klub.

Untertrabe 100.

Den Kaganischen Schach-Nachrichten entnommen. Aus dem Großmeisterturnier 1924 in New York.

In der 20. Runde hat der englische Meister Yates in glänzender Weise ein Remis gegen den Weltmeister Capablanca erzielt. Die Gröffnung war Spanisch.

Capablanca



Yates

- 23. S f3-g5!
- 24. L c2-h7+
- 25. T b4-h4!
- 26. f2-f4
- 27. L h7-c2+
- L h5-d1
- K g8-h8
- D e7-g5
- D g5-e7
- K h8-g8
- 28. L c2-h7+
- Remis
- 28. L c2-d1 darf nicht geschehen
- wegen der Drohung S e5-d3
- nebst T c8-e1.

Alle auf die Schach-Rubrik bezüglichen Zuschriften wolle man an H. P a y f e, Sanger Lohberg 11, richten.

